MAGAZIN DES NIEDERÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

MAI 2019

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

EUROPAWAHL

WAS **DIE EU DEN GEMEINDEN** BRINGT

INFRASTRUKTUR

GEMEINDEN BAUEN
GLASFASER SELBST AUS

RECHT

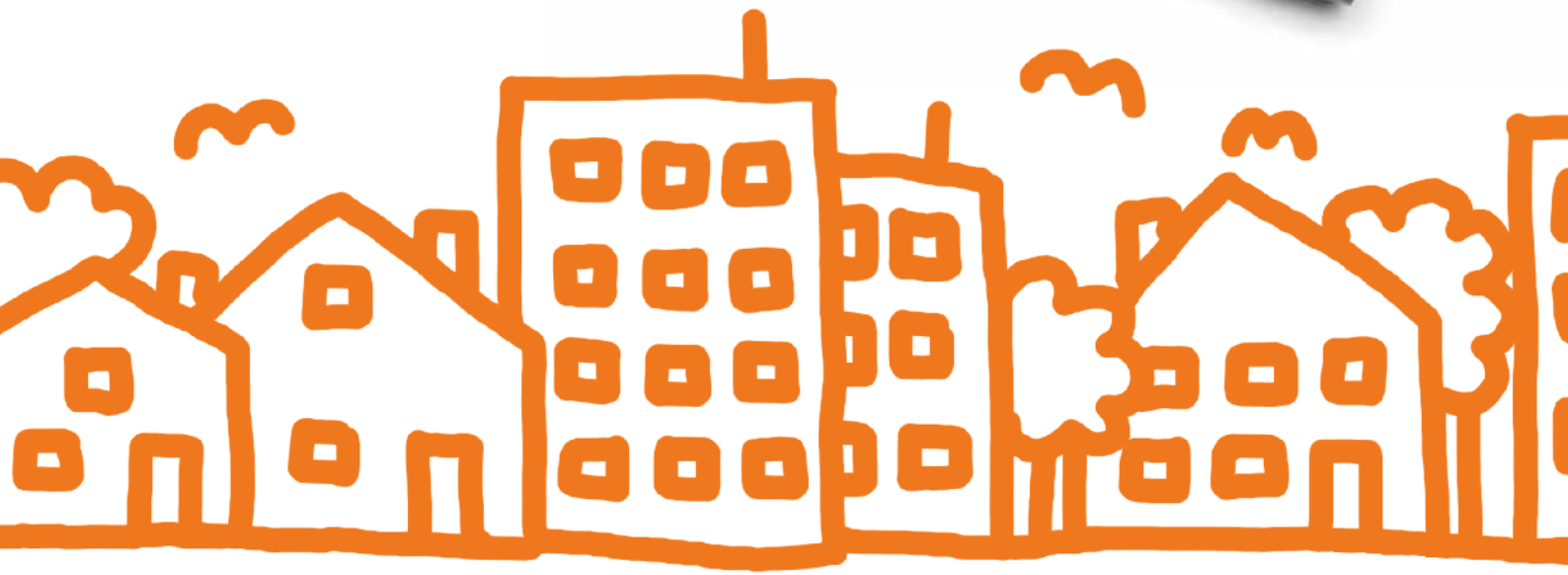
WAS BEI GEMEINDEWAHLEN
ZU BEACHTEN IST

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6 ISSN: 1605-1440
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien Österreichische Post AG MZ 02Z032903 M

+NIEDERÖSTERREICH

WIEN ENERGIE.

Wir betreuen viele Gemeinden in Niederösterreich persönlich. Und natürlich Sie!



Bereits mehr als 80 Gemeinden rund um Wien setzen auf verlässliche Energie und innovative Services von Wien Energie. Entdecken auch Sie unsere vielfältigen Strom- und Erdgastarife für Ihr Zuhause und Ihr Unternehmen auf **wienenergie.at**

WIEN ENERGIE

SO BUNT WIE MEIN LEBEN.

Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

Wasserkraft	43,40 %
Windenergie	10,45 %
feste oder flüssige Biomasse	3,47 %
Sonnenenergie	1,04 %
Erdgas	40,63 %
sonstige Ökoenergie	1,01 %
CO_2-Emissionen	134,88 g/kWh
radioaktiver Abfall	0,00000 mg/kWh

Stromkennzeichnung des Lieferanten: Gemäß § 78 Abs. 1 und 2 ElWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung hat die Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG im Zeitraum 1.1.2017 – 31.12.2017 auf Basis der in der nebenstehenden Tabelle angeführten Primärenergieträger Strom an Endverbraucher verkauft. Gemäß § 78 Abs. 2 ElWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung entstanden bei der Stromerzeugung in diesem Zeitraum nebenstehende Umweltauswirkungen. Die Herkunftsnachweise stammen zu 100 % aus Österreich. Unsere Lieferungen sind frei von Atomstrom. Bei der Erzeugung entstehen keine radioaktiven Abfälle. Das Erdgas wird mit höchster Effizienz in modernen KWK-Kraftwerken zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt.

NÖGEMEINDE Mai 2019

POLITIK

04 EUROPAWAHL UND REGIONALFÖRDERUNG
WAS UNS DIE EU BRINGT

10 LUKAS MANDL IM GESPRÄCH
„ICH VERTRETE UNSERE LANDSLEUTE IN DER EU“

12 KOMMENTAR
JOHANNES PRESSL ZUR DISKUSSION ÜBER 1,50-EURO-JOBS FÜR ASYLWERBER

16 INFRASTRUKTUR
GEMEINDEN NEHMEN GLASFASERAUSBAU SELBST IN DIE HAND

RECHT & VERWALTUNG

20 NEUERUNGEN
WAS BEI DER GEMEINDEWAHL ZU BEACHTEN IST

22 STEUER
INNENUMSATZ UND EIGENVERBRAUCH BEI GEMEINDEN

AUS ERSTER HAND

VON ALFRED RIEDL

BEI DER EU-WAHL **GEHT ES DIESES MAL UM MEHR**

Bei der Europa-Wahl am 26. Mai geht es für uns um mehr, als nur eine Stimme abzugeben. Denn wir haben die Chance, unsere Position in Europa nachhaltig zu stärken. Dabei sollte uns klar sein, dass Niederösterreich wie kaum ein anderes Land von der EU profitiert: Für jeden Euro den wir an die Europäische Union zahlen, bekommen wir drei Euro zurück. Damit sind wir Nettoempfänger, während Österreich insgesamt Nettozahler ist. Was sind die Gründe? Einerseits ist Niederösterreich eine Exportregion. Heute hängt fast jeder zweite Arbeitsplatz in Niederösterreich am Export. Dabei sind acht unserer zehn größten Handelspartner EU-Mitgliedsstaaten. Nicht von ungefähr hat sich seit dem EU-Beitritt 1995 unsere Wirtschaftsleistung verdoppelt. Und dadurch sind in dieser Zeit auch rund 120.000 Arbeitsplätze in Niederösterreich entstanden.

Niederösterreich ist aber auch die Kornkammer Österreichs, denn in keinem Bundesland werden mehr Lebensmittel produziert und verarbeitet als in Niederösterreich. Darüber hinaus belegt Niederösterreich im Bundesländervergleich den ersten Platz, wenn es darum geht, EU-Fördermittel abzuholen. 95 Prozent aller möglichen Gelder haben wir aus den entsprechenden Töpfen herausgeholt, um sie im Land zu investieren.

Und wie schaut es mit der Bedeutung der EU-Wahl für die Gemeinden aus? Die Gemeinden sind das Fundament Europas und deswegen ist es auch unsere Aufgabe, uns für Europa einzusetzen. Wir in den Gemeinden sind es, die die Brüssler Beschlüsse von heute schon morgen vor Ort umsetzen. Die Bedeutung der kommenden Europawahl kann nicht hoch genug eingeschätzt werden: Wir müssen uns um ein Europa bemühen, das mehr Stärke nach außen, aber auch mehr Freiheit nach innen – nicht zuletzt für die Herzkammern unserer Demokratie, die Gemeinden, – zulässt.

Daher meine Bitte: Helft mit, dass am 26. Mai viele zu den Wahlurnen gehen. Gerade wir als Verantwortliche auf Gemeindeebene müssen uns für ein starkes Europa einsetzen. Ein Europa, das das größte Friedensprojekt der Welt ist und bei den großen Fragen wie Sicherheit, Wohlstand und Stabilität an einem Strang zieht.

BGM. MAG. ALFRED RIEDL, PRÄSIDENT

EUROPAWAHL

WAS BRINGT **DIE EU DEN NÖ**

DIE NÖ GEMEINDE HAT SICH GENAUER ANGESEHEN, WODURCH NIEDERÖSTERREICH – NICHT ZULETZT IM HINBLICK AUF DIE BEVORSTEHENDE EU-WAHL AM 26. MAI PROFITIERT.

VON SOTIRIA PEISCHL

Viele Menschen sind immer noch sehr EU-kritisch und auch EU-skeptisch. Brüssel ist als Parlamentsstadt zu weit weg, die Beschlüsse nicht spürbar, die EU als Organisation nicht richtig greifbar – so die Vorurteile. Spätestens eine Reise nach Brüssel mit einem Besuch des Europäischen Parlaments macht jedoch schnell deutlich: Die EU ist mehr als nur eine Institution – wir profitieren alle von Europa und die Beschlüsse in Brüssel werden vor Ort in den Gemeinden umgesetzt.

NÖ IST MIT EUROPA AUFGEBLÜHT

Wirft man einen Blick auf die messbaren Zahlen abseits von subjektiven Gefühlen und Eindrücken, so lässt sich genau belegen, dass sich die Wirtschaftsleistung Niederösterreichs seit dem EU-Beitritt 1995 von 27,4 Milliarden Euro auf 54,9 Milliarden Euro im Jahr 2018 verdoppelt hat. Damit nicht genug: Auch die Zahl der Beschäftigten in Niederösterreich sind seit 1995 um fast ein Viertel gestiegen von rund 500.000 im Jahr 1995 auf 620.000 im Jahr 2018.

EU-MITTEL ALS INVESTITIONSMOTOR

Niederösterreich profitiert auch durch EU-Mittel: Alleine im Jahr 2017 sind 500 Millionen Euro nach Niederösterreich geflossen. Das bedeutet, dass für jeden eingezahlten Euro drei Euro zurückgeholt wurden. Niederösterreich ist damit Nettoempfänger, während Österreich gesamt Nettozahler ist. Der Betrag des Landes NÖ und der Gemeinden an die EU beträgt rund 18 Prozent des Gesamtbeitrages Österreichs. Im Gegenzug erhält Niederösterreich aber 34 Prozent aller Agrarförderungen und 23 Prozent aller regionalen Entwicklungsgelder. Darüber hinaus belegt Niederösterreich den 1. Platz, wenn es darum geht, vorhandene EU Gelder abzuholen.

ERFOLGSGESCHICHTE REGIONALFÖRDERUNG

Die Regionalförderung wurde mit dem Ziel eingeführt, die einzelnen Regionen

GEMEINDEN?

„FÜR JEDEN EINGEZAHLTEN EURO WURDEN **DREI EURO ZURÜCKGEHOLT.**“

FAMILIE

Auch im Bereich Familie profitiert das Land Niederösterreich von der engen Zusammenarbeit mit der EU: Denn erstmals können bis 2020 mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) auch Investitionen aus EU-Mitteln in **Kinderbetreuungseinrichtungen** getätigt werden. Die Gemeinden erhalten dadurch für die Errichtung von Kinderbetreuungsplätzen eine 100-Prozent-Förderung aus EU-Geldern und Kofinanzierungsmitteln des Landes NÖ. Insgesamt werden dabei 50 Millionen Euro für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen im ländlichen Raum zur Verfügung gestellt.
Familien- und Bildungslandesrätin Christiane Teschl-Hofmeister zeigt sich erfreut: „Durch die Mittel der Europäischen Union können wir unser ‚Familienpaket blau-gelb‘ mit 100 zusätzlichen Kleinkindbetreuungsgruppen bis 2020 umsetzen.“

ARBEIT

Seit 1995 wurden rund 225 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), der zur Förderung der Beschäftigung dient, in Niederösterreich für Projekte zur Verfügung gestellt.

- So kann etwa die **NÖ-Lehrlingsoffensive** durch Mittel des ESF gemeinsam mit Mitteln des Landes und des AMS finanziert werden.
- 46 Millionen Euro werden im Rahmen dieser bisher größten Lehrlingsoffensive investiert.
- Die Ausbildungsgarantie für alle bis 25 Jahre wurde geschaffen. 6.900 Jugendliche profitieren.
- Der Fachkräftemangel wird effektiv bekämpft.

Im Rahmen des Programms „Investition in Wachstum und Beschäftigung“ erhält Niederösterreich zudem für die Finanzperiode 2014–2020 rund 120 Millionen Euro. Im Rahmen dessen wurden **Leuchtturmprojekte** wie:

- der Neubau des Technologie- und Forschungszentrumszentrums Seibersdorf oder
- die Errichtung einer Algenproduktionsanlage durch die ecoduna AG

umgesetzt.

BILDUNG

Im Bereich Bildung werden seitens der Europäischen Union gemeinsam mit dem Land zahlreiche Projekte in den unterschiedlichsten Bereichen und für verschiedene Altersgruppen ermöglicht.
Seit Beginn der **NÖ Sprachenoffensive** nahmen rund 57.000 Schülerinnen und Schüler an Niederösterreichs Schulen das Angebot zur Erlernung von Tschechisch, Slowakisch und Ungarisch in Anspruch. Alleine im Schuljahr 2018/19 nützten 4.000 Schülerinnen und Schüler an 141 Schulen das Angebot. Auch 16.500 Kinder in 112 NÖ Kindergärten lernen bereits spielerisch diese Sprachen.
Im Rahmen von **Bildungskooperationen** mit Ungarn, Tschechien und der Slowakei werden zudem grenzüberschreitende Weiterbildungsveranstaltungen für Pädagoginnen und Pädagogen, Austauschmöglichkeiten auf Verwaltungsebene und unter den pädagogischen Ausbildungseinrichtungen sowie Möglichkeiten für grenzüberschreitende Aktivitäten von Kindern ermöglicht.

„WIR WERDEN ALLES DARAN SETZEN,
EUROPA ZU STÄRKEN.“

GEMEINDEBUNDPRÄSIDENT
ALFRED RIEDL

GESUNDHEIT

Gemeinsam mit der Europäischen Union und den Nachbarländern Niederösterreichs wurde eine langfristige Strategie für eine **grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung** entwickelt. Damit ist Niederösterreich das einzige Bundesland mit einer derartigen Strategie, wofür das Land auch von der Weltgesundheitsorganisation WHO als Vorzeigeregion mit einer eigenen Publikation ausgezeichnet wurde.
Leuchtturmprojekte dieser gemeinsamen Strategie sind beispielsweise das **„Healthacross for future“**-Projekt, im Rahmen dessen die grenzüberschreitende Patientenversorgung mit Südböhmen im Landesklinikum Gmünd weitergeführt und um den stationären Bereich erweitert wird. Darüber hinaus entsteht in Gmünd ein grenzüberschreitendes Gesundheitszentrum für die Region nördliches Waldviertel mit Ceské Velenice, das durch Ärzte und Fachpersonal aus NÖ und Tschechien betrieben wird und die Versorgung von 1000 Patienten pro Monat (am Beginn) sicherstellt. Eine weitere **grenzüberschreitende Krankenhauskooperation** besteht zwischen dem Landesklinikum Hollabrunn und dem Krankenhaus Znaim im Fachbereich der Strahlentherapie. Ziel ist die radioonkologische Behandlung einer definierten Anzahl von Patientinnen und Patienten im Krankenhaus Znaim. Zudem soll eine grenzüberschreitende Rettungskooperation mit Südmähren entstehen.
Im Rahmen des Projekts **„Bridges for Birth“** soll die Kooperation zwischen den Krankenhäusern in Hainburg und Bratislava im Falle von Komplikationen bei der Geburt ermöglicht werden. Bei Notfällen können betroffene Kinder und ihre Mütter in die nur 16 Kilometer entfernte Kinderuniversitätsklinik in Bratislava gebracht werden.
„Wir denken in Niederösterreich gerade bei der Gesundheit grenzüberschreitend. Gemeinsam mit der EU und unseren Nachbarländern setzen wir dabei Vorreiterprojekte für eine optimale medizinische Versorgung in der Grenzregion um“, ist Landesrat Martin Eichtinger stolz auf die Gesundheitsstrategie des Landes.

wirtschaftlich und sozial zu stärken und Ungleichheiten abzubauen. Seit dem EU-Beitritt 1995 konnten aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fast 575 Millionen Euro für Niederösterreich lukriert werden. Damit wurden mehr als 6000 Projekte unterstützt und ein Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 3,8 Milliarden Euro ausgelöst.
Mit den Fördermitteln wurden rund 15.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und über 47.000 bestehende Arbeitsplätze gesichert.
Für Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner ist klar: „Europa bietet uns vielfältige Chancen, um das Wachstum und die Entwicklung in allen Regionen Niederösterreichs voranzutreiben. Die Zahlen zeigen klar, dass wir diese Chancen wahrnehmen und unser Land dabei als Vorzeigeregion in Europa etablieren.“
Die EU bietet eine Vielzahl an Fördermöglichkeiten, die in Niederösterreich ausgeschöpft werden.

EUROPA FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

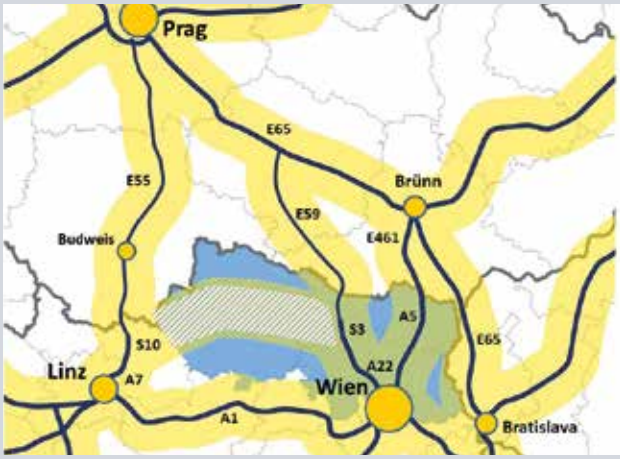
Um besser über die Vorgänge in der EU informiert zu werden und dieses Wissen an die Bürger weiterzugeben, wurde vor neun Jahren die Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ gegründet. Seitdem gibt es über 1000 EU-Gemeinderäte in ganz Österreich, 151 alleine in Niederösterreich.
Der Österreichische Gemeindebund hat dieses Projekt von Anfang an unterstützt und

MOBILITÄT

Niederösterreich profitiert auch im Bereich Mobilität durch die Zusammenarbeit mit der EU. So kann etwa durch Regionalförderungsmittel, der Ausbau des Regionalen Mobilitätsmanagements vorangetrieben werden (rund zwei Millionen Euro an EU-Mitteln werden zur Verfügung gestellt).
Im Zuge dessen werden unter anderem:

- Kostenlose Verkehrsberatung für Gemeinden angeboten,
- Busausschreibungen und Fahrplandialoge zur Abstimmung des öffentlichen Verkehrs (für Pendler, Schüler usw.) begleitet,
- Lösungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs bzw. (E-)Carsharing entwickelt,
- eine Fußgänger- & Radwegbrücke über die March und somit eine grenzüberschreitende Verbindung zwischen Niederösterreich und der Slowakei verwirklicht werden.

Mit dem Verkehrsprojekt **Europaspange** kann im Falle eines positiven Abschlusses der Strategischen Prüfung „Verkehr“ die Anbindung des nördlichen Niederösterreich an das europäische Verkehrsnetz und dynamische Wirtschaftsregionen wie Prag, Brünn, Ostbayern oder Bratislava erfolgen. Für Mobilitäts-Landesrat Ludwig Schleritzko steht fest: „Durch die Europäische Union können wir unseren Gemeinden eine bessere Beratung in Fragen der Mobilität bieten.“



Europaspange: Der schraffierte Bereich zeigt die Region, wo die neue Verkehrsader entstehen soll.

Raus mit dem Öl.
Rein mit reiner Energie!

BAUEN + WOHNEN
IN NIEDERÖSTERREICH

Jetzt Heizkessel tauschen und in Summe bis zu

€ 3.000,- Landesförderung
€ 5.000,- Bundesförderung

€ 8.000,- sichern.

Förderung gültig seit 01.01.2019

Tauschen Sie Ihren **alten Öl-Heizkessel** und **sichern** Sie sich **bis zu € 8.000,- Förderungen.** Setzen Sie auf **erneuerbare Energie**, sparen Sie viel Geld und schützen wir unsere **Umwelt.**

Alle Infos zur Förderung:
www.noe-wohnbau.at
Wohnbau-Hotline: 02742/22133

begleitet und ist auch offizieller Kooperationspartner, neben Ministerium, EU-Kommission und EU-Parlament.
„Wir haben uns gemeinsam darauf verständigt, diese Initiative weiter auszubauen und die engagierten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bei ihrer Arbeit bestmöglich zu unterstützen“, sagt Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl. Und weiter: „Deswegen geht es am 26. Mai um mehr als nur eine Stimme abzugeben, denn: Europa fängt in den Gemeinde an und die Gemeinden setzen die Gesetze und Beschlüsse vor Ort um, die in Brüssel entschieden werden. Wir werden also alles dran setzen, Europa zu stärken – nicht zuletzt auch für Österreich und unsere Gemeinden.“

FOTO:MEDAUSTRON

WISSENSCHAFT

Im Rahmen des Europäischen Forschungsrahmenprogramms **HORIZON 2020** wurden seit 2014 insgesamt 191 Projekte mit niederösterreichischer Beteiligung gefördert. Dadurch flossen insgesamt mehr als 90 Millionen Euro an EU-Fördermitteln in NÖ Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen und damit werden auch die wissenschaftliche Exzellenz und Innovationskraft der niederösterreichischen Wirtschaft gestärkt.
Leuchtturmprojekte, die durch Mittel der EU und des Landes NÖ im Bereich Wissenschaft und Forschung ermöglicht werden, sind beispielsweise das Krebsforschungszentrum **MedAustron** in Wiener Neustadt oder das **Wasserbaulabor „DREAM“** an der Universität für Bodenkultur.
„Niederösterreich hat sich seit dem EU-Beitritt zu einem international anerkannten Wissenschafts- und Forschungsstandort entwickelt. Gemeinsam mit der EU wollen wir auch in Zukunft die wissenschaftliche Exzellenz in unserem Land fördern“, sagt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELT- UND NATURSCHUTZ, ENERGIE

Für Projektförderungen zur Stärkung des ländlichen Raumes wurden seit 2014 rund 270 Millionen Euro, davon 140 Millionen Euro an EU-Mitteln, zur Verfügung gestellt.
Im Rahmen der ländlichen Entwicklung wurde in den letzten Jahrzehnten zudem die **Nahwärmeversorgung** auf Basis von Biomasse in allen größeren Orten und Städten ausgebaut. Im Rahmen des LEADER-Programms konnten in Niederösterreich seit 2014 über 250 Projekte in den Gemeinden umgesetzt werden. Diese wurden mit rund 10,5 Millionen Euro an EU-Mitteln unterstützt. Gemeinsam mit den Fördermitteln des Landes konnte dadurch ein Investitionsvolumen in Höhe von fast 22 Millionen Euro direkt in den Regionen ausgelöst werden. So konnten innovative regionale Projekte wie ein Entwicklungskonzept für die Alte Werft in Korneuburg, die Initiative „Handwerk und Manufaktur im Waldviertel“, die Lehrlingsoffensive Ybbstal Eisenstraße, eine **interkommunale Wirtschaftskooperation** im Pielachtal oder das Projekt „Sooo gut schmeckt die Bucklige Welt", umgesetzt werden.
Mit dem **LIFE-Programm** steht im Bereich der ländlichen Entwicklung auch ein Förderinstrument der EU für Umweltschutzprojekte zur Verfügung. Durch dieses konnten in Niederösterreich seit 2014 rund 13 Millionen Euro an EU-Mitteln für Hochwasserschutz-, Bewässerungs- und ökologische Verbesserungsmaßnahmen bewilligt werden, beispielsweise für die Renaturierung der Unteren Marchauen oder die Revitalisierung der Auenwildnis in der Wachau. LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf: „Durch die EU-Förderungen für die ländliche Entwicklung können die ländlichen Regionen in NÖ nachhaltig in ihrer Attraktivität als Lebens- und Wirtschaftsraum gestärkt werden.“

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gemeinsam mit der NÖ-Delegation in Brüssel. Ebenfalls im Bild Europa-Abgeordneter Lukas Mandl (links außen) und Autorin Milena Michiko Flasar.

FOTO: NLK FILZWIESER

EUROPA

25 JAHRE NIEDER-ÖSTERREICH IN BRÜSSEL

VERBINDUNGSBÜRO ALS WICHTIGSTES BINDEGLIED

Eine niederösterreichische Delegation mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner an der Spitze reiste nach Brüssel, um nicht nur die Gala „25 Jahre NÖ-Verbindungsbüro in Brüssel“ zu besuchen, sondern auch die Vertreter des „Ausschuss der Regionen“ zu treffen.

NÖ VERHANDELT IN BRÜSSEL UM HÖHE DER REGIONALFÖRDERUNG

Die Regionalförderung ist das wichtigste Instrument der lokalen Entwicklung. Diese unterstützt Gemeinden, Initiativen und Vereine bei der Umsetzung regionalwirtschaftlich wichtiger Infrastrukturprojekte. Deshalb ist es wichtig, dass diese EU-Förderung für die Weiterentwicklung von Städten und Regionen auch künftig ausreichend fließt. Denn durch den geplanten Brexit haben die Verhandlungen über die Regionalförderungen an Tempo verloren. Alleine für Niederösterreich geht es in der nächsten Förderperiode um bis zu 160 Millionen Euro. Um diese Förderungen Brexit-unabhängig auch ab dem Jahr 2021 sicherzustellen, verhandelten Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und EU-Landesrat Martin Eichtinger mit der zuständigen EU-Regionalkommissarin Corina Cretu in Brüssel.

„NUR DIE **REGIONALFÖRDERUNG MACHT DIE EUROPÄISCHE UNION** FÜR DIE BEWOHNER TATSÄCHLICH SICHT- UND SPÜRBAR.“

LANDESHAUPTFRAU JOHANNA MIKL-LEITNER

MEHR EUROPÄISCHE POLITIK IN DEN REGIONEN

Beim Austausch mit Thomas Wobben, Direktor für Legislativtätigkeit im Ausschuss der Regionen, Landtagspräsident Karl Wilfing und den mitgereisten NÖ Landtagsabgeordneten, war die bessere Einbindung der regionalen Parlamente – wie dem Niederösterreichischen Landtag – in den europäischen Gesetzgebungsprozess Thema. Denn es ist wichtig, sich künftig noch besser zu vernetzen, da gerade die Landtagsabgeordneten Schnittstellen zwischen den nationalen und europäischen Entscheidungsträgern sowie den Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen sind und die Bedürfnisse vor Ort kennen.

NÖ VERBINDUNGSBÜRO SEIT 25 JAHREN IN BRÜSSEL

Seit 25 Jahren ist das niederösterreichische Verbindungsbüro in Brüssel ein wichtiges Bindeglied, wenn es darum geht, die Landesinteressen auf europäischer Ebene wahrzunehmen. Durch den Austausch gelingt es, gute Lösungen im Sinne der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher auf Europäischer Ebene zu erreichen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DER VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH

EU-WAHL

„ICH VERTRETE UNSERE LANDSLEUTE **IN DER EU**“

NÖGEMEINDE: Ihre Arbeitsschwerpunkte als Abgeordneter im Europaparlament sind Außen- und Sicherheitspolitik, Bildung und Digitalisierung, Regionalpolitik und Nachhaltigkeit sowie die EU-Reform? Wie kam es dazu?
LUKAS MANDL: Sicherheit gehört zu jenen Aufgaben, deren Erfüllung die allermeisten Menschen von der Europäischen Union erwarten. Und tatsächlich brauchen wir in einer in Unruhe geratenen Welt ein Europa der Sicherheit, der Freiheit nach Innen, der Rechtsstaatlichkeit, der Lebensqualität im umfassenden Sinn. Dazu gehört auch, dass wir unseren Wohlstand nicht aufs Spiel setzen dürfen.
Wir konsumieren im digitalen Zeitalter in ganz großem Ausmaß Produkte aus Asien und digitale Dienstleistungen aus den USA, etwa unsere Software-Lizenzen. Wir bezahlen, die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze sind aber in anderen Kontinenten. Nicht Neid ist hier angebracht, sondern eigene Anstrengung, damit wir in Zukunft auch Innovation und Produktion in Europa haben und auch in Zukunft junge Menschen in Europa gute Arbeitsplätze finden. Deshalb hängen meine Schwerpunkte für Bildung und Digitalisierung auch zusammen. Es geht nicht nur um die akademische Bildung, die oft mit der EU-Erasmus-Förderung verbunden wird, sondern ganz besonders um Berufsbildung.

Wie hängen Nachhaltigkeit und Regionalpolitik zusammen?
Dem Klimawandel mit Nachhaltigkeit zu begegnen heißt, in Europa Vorreiter zu sein, aber andere Teile der Welt mitzunehmen. Denn wir sind nicht einmal sieben Prozent der Weltbevölkerung und werden dem Klimawandel nicht alleine begegnen können. Da gehört es zu den Stärken Europas, und innerhalb Europas besonders Österreichs und Niederösterreichs, dass wir ein im weltweiten Vergleich viel besseres Miteinander von ländlichen Räumen und urbanen Zentren haben. Wenn das ins Missverhältnis gerät, drohen Landflucht, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Obdachlosigkeit. Außerhalb Europas sieht man das.
Dass wir funktionierende Kulturlandschaften haben und dank unserer Landwirtschaft erstklassige Lebensmittelqualität, hängt auch mit der Regionalpolitik zusammen. Sie fördert kluge Projekte.

Ihre jüngsten Erfolge haben Sie in den Verhandlungen und Abstimmungen zur Trinkwasser-Richtlinie und zum neuen EU-Katastrophenschutz erzielt. Worum ging es da?
Der neue EU-Katastrophenschutz wurde von der Kommission gestartet, damit Europa bei Großkatastrophen im eigenen Gebiet selbst handlungsfähig ist und nicht Hilfe von außen braucht.
Aber der erste Kommissionsvorschlag beinhaltete Vorschläge, die zu einer Kommerzialisierung und Zentralisierung des Feuerwehr- und Rettungswesens geführt hätten. Genau hier ist ein Parlament wichtig, ist die Arbeit von Parlamentarierinnen und Parlamentariern notwendig. Mit dutzenden Änderungsanträgen, mit Expertenhearings und viel Vor- und Nachbereitung, ist es gelungen, diese zentralistische Extra-Regulierung wegzubekommen und zu verhindern.

Und wie war es beim Trinkwasser?
Auch beim Trinkwasser steht ein richtiges Ziel am Beginn, nämlich jenes Ziel, dass jene rund zwei Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger, die kein sauberes Trinkwasser haben, in Zukunft sauberes Trinkwasser bekommen. Hier hat der Kommissionsvorschlag aber weniger auf die tatsächlichen Probleme gezielt, sondern in einem umfassenden Entwurf auf extra Regulierung aller Systeme gedrängt, auch unserer gut funktionierendes System mit bekanntlich gutem Trinkwasser. Da wir keine höheren Kosten durch sinnlose

„ICH STEHE FÜR EIN EUROPA, DAS **NACH AUSSEN STÄRKER AUFTRITT UND MEHR GEWICHT HAT.**“

EUROPAWAHL 2019

DER NIEDERÖSTERREICHER LUKAS MANDL GEHÖRT SEIT 2017 DEM EUROPAPARLAMENT AN UND IST DER SPITZENKANDIDAT DER VOLKSPARTEI NÖ IM ÖSTERREICHWEITEN RENNEN UM VORZUGSSTIMMEN FÜR DIE WAHL DER HEIMISCHEN ABGEORDNETEN FÜR DAS NEUE EUROPAPARLAMENT.

Auflagen für unsere Haushalte wollen und unter allen Umständen einen Ausverkauf unseres Wassers verhindern wollen, bin ich auch hier parlamentarisch aktiv geworden. Mit mehr als hundert Änderungsanträgen konnte ich viele Faktoren, die zu einer Kostenexplosion für unsere Haushalte geführt hätten, abdrehen, aber noch nicht alle. Die Trinkwasser-Richtlinie ist noch nicht fertig beschlossen und wird in der neuen Periode des Europaparlaments wieder auf den Tisch kommen. Dann wird es jemanden brauchen, der sich mit Sachkenntnis, Hingabe und einem langen Atem den verbleibenden offenen Punkten widmet.

Wie sehen Sie Ihre Chancen im österreichweiten Rennen um Vorzugsstimmen?
Alle Kandidatinnen und Kandidaten starten an der Nulllinie. Wer nicht fast ständig Präsenz in Massenmedien hat, ist in einem sehr knappen Rennen.
Es gibt da keinerlei Umweg, nur der direkte Weg der direkten demokratischen Wahl durch Vorzugsstimmen ist möglich. Ich bin deshalb im Rennen um Vorzugsstimmen, weil ich eine gewisse Chance sehe, wiedergewählt zu werden, und weil ich denke, für unser Land und für die Entwicklung Europas etwas beitragen zu können. Aber es wird knapp. Ich habe immer für Vorzugsstimmen-Systeme gekämpft und unterstreiche ihre Wichtigkeit.

Warum soll man seine Vorzugsstimme Lukas Mandl geben?
Ich stehe für ein Europa, das nach außen stärker auftritt und mehr Gewicht hat. Wir erleben jeden Tag, dass das immer dringender wird. Kürzlich war ich in den Vereinigten Staaten und in Israel. Beide Male musste ich wieder feststellen, dass noch viel zu tun ist, um Europa dieses Gewicht auf der Welt zu geben, um ernst genommen zu werden. Gleichzeitig stehe ich dafür, dass wir weniger Betriebsamkeit in Regulierung, Verbote und die Bürokratisierung an den Tag legen sollten. Stattdessen müssen wir mehr Freiheit nach innen ermöglichen.
Ein Europa mit mehr Stärke nach außen und mehr Freiheit nach innen sind die Leitsätze für meine Arbeit. Und mein Arbeitsmotto lautet deshalb „Rot-Weiß-Rot und Blau-Gelb in Europa“, weil ich den Auftrag unterstreichen möchte, die Bürgerinnen und Bürger unseres Heimatlandes im Europa-Parlament zu vertreten, als ihr Dienstleister.

KOMMENTAR

DIE DISKUSSION GEHT **AN DEN PROBLEMEN VORBEI!**

NÖ GEMEINDEBUND-VIZEPRÄSIDENT JOHANNES PRESSL ERLÄUTERT, WO AUS SEINER SICHT DIE WIRKLICHEN PROBLEME BEI DER BESCHÄFTIGUNG VON ASYLWERBERN LIEGEN.

Innenminister Kickl will für gemeinnützige Tätigkeiten von Asylwerbern in Zukunft einen österreichweit einheitlichen Anerkennungsbetrag von 1,50 Euro in der Stunde. Heftige Diskussionen von unterschiedlichsten Seiten folgten. Während die einen mit dem Beharren auf höhere Anerkennungsbeträgen ihre „Menschlichkeit“ öffentlich beweisen wollten, zogen andere gegen „Lohndumping“ ins Feld. Und die mediale Aufmerksamkeit kochte – bewusst oder unbewusst – zum noch immer omnipräsenten Flüchtlingsthema wieder einmal über.

Meiner Meinung nach gibt es dreieinhalb Jahre nach der großen Flüchtlingswelle drei Problemstellungen, über die wir abseits der medialen Emotionalisierung in den Gemeinden wirklich nachdenken sollten:

DIE ZAHL JENER GEMEINDEN, DIE ASYLWERBERN ÜBERHAUPT NOCH GEMEINNÜTZIGE BESCHÄFTIGUNG ANBIETEN SCHRUMPFT

Schätzungen gehen von aktuell einigen hundert, vielleicht 1000, Asylwerbern aus, die wirklich zu gemeinnütziger Tätigkeit herangezogen werden. Denn der Aufwand, der für eine echt integrative und gemeinnützige Tätigkeit in Gemeinden anfällt, ist so hoch, dass sie von immer weniger Gemeinden überhaupt angeboten wird. Und jene medial kommunizierten „positiven“ Beispiele legten in einigen Fällen die Vermutung nahe, dass die Grenzen zwischen gemeinnütziger Beschäftigung und für beide Seiten vorteilhafter Erwerbsarbeit (z. B. am Bauhof) schon mehr als „verschwommen“ sind.

Ich glaube: Wenn wir gemeinnützige, integrative Tätigkeiten von Gemeinden für Asylwerber wollen, dann braucht es vor allem für die Gemeinden Unterstützung, wenn sie diese anbieten!

„WIR MÜSSEN UNS PRIMÄR UM **ARBEIT FÜR JENE KÜMMERN, DIE BEREITS EINEN FIXEN AUFENTHALTSTITEL** IN ÖSTERREICH BEKOMMEN HABEN.“

DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL IST BÜRGERMEISTER VON ARDAGGER UND VIZEPRÄSIDENT DES NÖ GEMEINDEBUNDES

MITTLERWEILE STEHEN FAST 33.000 ASYLBERECHTIGTE OHNE ARBEIT DA

Wir müssen uns primär um Arbeit für jene kümmern, die bereits einen fixen Aufenthaltstitel in Österreich bekommen haben. Denn sie werden dauerhaft Teil unserer Gesellschaft sein und haben auch volle Ansprüche in unserem Sozialsystem. Ein geregeltes Arbeitseinkommen macht sie nicht nur finanziell unabhängig, sondern ist ein weiterer Schritt zu einer vollwertigen finanziellen wie auch gesellschaftlichen Integration in Österreich. AMS Unterstützung, Trainingsjobs und auch klare Regeln für all jene, die nicht Deutsch lernen oder dazu kein Bemühen zeigen, sind aus meiner Sicht notwendiger denn je.

Ich glaube: Über Programme und Unterstützungen für Gemeinden, um diesen Menschen Trainingsjobs anzubieten, sollten wir reden!

AUS DEN ERFAHRUNGEN MIT DEN LEHRLINGEN LERNEN

Vor Jahren hat man jungen Asylwerbern Lehrberufe angeboten, die sie erfolgreich absolviert haben. Wenn für diese Menschen jetzt Abschiebungen im Raum stehen, stemmen sich noch mehr Menschen als sonst gegen die Rückführung in die Heimatländer, denn die menschlichen Bindungen sind eng und die wirtschaftlichen Interessen an den jungen Arbeitskräften groß. Mittlerweile gibt es zwar keine Lehrmöglichkeit für Asylwerber mehr, das Problem langer Asylverfahren ist aber nach wie vor existent und bringt oft nach Jahren der „nicht Entscheidung“ in den Gemeinden bei Abschiebungen immer wieder „menschliche Verwerfungen“.

Ich glaube: Asylverfahren müssen so rasch wie möglich abgeführt werden und erst danach kann eine Vollintegration in den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft erfolgen.

PFLEGE

SORGENFREIES WOHNEN IN WIENER NEUSTADT

DAS HAUS DER BARMHERZIGKEIT LEGTE DEN GRUNDSTEIN FÜR DAS NEUE „TRAUDE DIERDORF"- STADTHEIM

In den kommenden drei Jahren errichtet das Haus der Barmherzigkeit in Kooperation mit dem Land Niederösterreich ein modernes, komplett barrierefreies Pflegeheim.
Die Besetzung bei der Grundsteinlegung des „Traude Dierdorf"-Stadtheims Wiener Neustadt war hochkarätig: Mit dabei waren Bundeskanzler Sebastian Kurz, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, der Wiener Neustädter Bürgermeister Klaus Schneeberger, Domprobst Karl Pichelbauer und der Institutsdirektor des Hauses der Barmherzigkeit, Christoph Gisinger.
Lukas Pohl, Geschäftsführer und Hausleiter des Stadtheims, führte durch das Festprogramm und begrüßte unter anderem Traude Dierdorf, Bürgermeisterin a.D. von Wiener Neustadt und Namensgeberin des Hauses, sowie EU-Abgeordneten Lukas Mandl.

ORT DER BEGEGNUNG

Das neue Stadtheim soll zum Ort der Begegnung werden: Mit der Schaffung eines Übergangspflegezentrums sowie vier direkt am Areal integrierten Landeskindergartengruppen, einem öffentlich zugänglichen Café sowie der Möglichkeit des betreuten Wohnens in unmittelbarer Nähe – errichtet durch die WET, die Wohnungseigentümer Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H. aus Mödling – sollen soziale Kontakte auch nach außen gefördert werden. Mit 60 Millionen Euro jährlichem Bauvolumen und rund 21.000 Mieterinnen und Mietern ist die WETgruppe der größte gemeinnützige Bauträger des Landes.

IM LAND VERWURZELTER BAUTRÄGER

„Ein Zuhause, wie es die WETgruppe versteht, ist Ausgangsbasis für ein gutes, selbstbestimmtes Leben und ein positives Miteinander. Als tief im Land Niederösterreich verwurzelter Bauträger tragen wir aber vor allem große soziale Verantwortung. Es geht nicht nur darum, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Es geht darum, ihnen festen Boden unter den Füßen zu geben. Daher freuen wir uns als Leitbetrieb des Landes Niederösterreich umso mehr, dieses Projekt gemeinsam mit dem Haus der Barmherzigkeit begleiten zu dürfen und sorgenfreien Wohnraum in Wr. Neustadt zu schaffen", betonen Christian Rädler, Vorstandsvorsitzender und Michael Kloibmüller, Vorstandsmitglied der WETgruppe.

WET-Vorstandsvorsitzender Christian Rädler, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Bürgermeister Klaus Schneeberger, WET-Vorstandsmitglied Michael Kloibmüller und Landtagsabgeordneter Franz Dinhobl.

„ZUHAUSE IST AUSGANGSBASIS FÜR EIN GUTES, SELBSTBESTIMMTES LEBEN UND **EIN POSITIVES MITEINANDER.**"

ECKDATEN

Betreutes Wohnen der WETgruppe

- ca. 80 Wohneinheiten „betreutes Wohnen" mit Baubeginn ca. Frühjahr 2020
- ca. 80 Wohneinheiten „gefördertes Wohnen" mit Baubeginn ca. Frühjahr 2021
- ca. 50 - 85 m² Wohnnutzfläche
- PKW-Stellplätze
- kontrollierte Wohnraumlüftung
- Niedrigenergiebauweise

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

LANDTAG

NEUBAU DES **LK WIENER NEUSTADT** BESCHLOSSEN

535 MILLIONEN EURO WERDEN BIS 2028 IN DAS NEU ZU ERRICHTENDE KLINIKUM INVESTIERT

Für Wiener Neustadt und die gesamte Region ist der Beschluss des Neubaus des Landesklinikums historisch. Denn ein Projekt mit einem Investitionsvolumen von über einer halben Milliarde Euro geschieht nicht alle Tage, sondern vielleicht einmal in einem halben Jahrhundert“, betonte VPNÖ-Klubobmann Klaus Schneeberger anlässlich des in der April-Sitzung des NÖ Landtags beschlossenen Neubaus des Landesklinikums Wiener Neustadt und unterstrich: „Ein Grundsatzbeschluss, der von Experten in jeder Hinsicht geprüft wurde und der dem Wandel im Gesundheitswesen Rechnung trägt.“

EINZIGARTIGER GESUNDHEITSCLUSTER ENTSTEHT

„Wer den derzeitigen Standort kennt, weiß, dass es sich um einen in die Jahre gekommenen Bau handelt, der nicht zukunftsfähig ist. Daher ist die Umsetzung dieses Jahrhundertprojekts umso wichtiger, auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen ich für ihre Arbeit danken möchte“, so Klubobmann Schneeberger, der im Landtag auch festhielt: „Mit dem Neubau ist zudem die Chance verbunden, dass wir einen europaweit einzigartigen Cluster bilden. Denn die Ansiedelung des neuen Klinikums unmittelbar neben MedAustron ist eine einmalige Chance für die Qualität der Gesundheitsversorgung vor Ort.“
Zur Bedeutung für die Stadtentwicklung betonte der Klubobmann und Bürgermeister: „Mit dem Neubau eröffnet sich auch in stadtplanerischer Hinsicht eine historische Möglichkeit. Denn welche Stadt in Europa kann behaupten, in wenigen Jahren eine Fläche von zehn Hektar in unmittelbarer Stadtkernnähe entwickeln zu können. Für die Stadt und die Region ergibt sich also nicht nur bei der Gesundheitsversorgung, sondern auch in der Stadtentwicklung eine Chance, die ihresgleichen sucht.“

FOTO: NLK/FILZWIESER

LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klubobmann Klaus Schneeberger. Am neuen Standort in der Nova City soll Platz für 2.400 Mitarbeiter und 680 Betten entstehen.

„FÜR WIENER NEUSTADT UND DIE GESAMTE REGION IST DER BESCHLUSS DES **NEUBAUS DES LANDESKLINIKUMS HISTORISCH.**“

VP-KLUBOBMANN KLAUS SCHNEEBERGER

WEITERE DEZENTRALISIERUNGSSCHRITTE BESCHLOSSEN

Beschlossen wurden im Landtag auch weitere Schritte bei der Dezentralisierung von Landeseinrichtungen. „So soll es künftig auch möglich sein, die Bezirkshauptmannschaften und Magistrate allgemein oder fallweise über bestimmte Angelegenheiten, die grundsätzlich in die Zuständigkeit einer anderen Bezirksverwaltungsbehörde fallen, an deren Stelle entscheiden zu lassen. Außerdem soll die Landesregierung künftig ihre Sitzungen auch außerhalb von St. Pölten abhalten können und die Außenstellen des Landesverwaltungsgerichtes Niederösterreich in Mistelbach, Wiener Neustadt und Zwettl werden dauerhaft verankert“, erklärt Schneeberger.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES ÖVP LANDTAGSKLUBS NÖ

IMMOBILIEN

HAFTUNGSTHEMA **GEBÄUDESICHERHEIT**

ALS EIGENTÜMER STEHT MAN IN DER VERANTWORTUNG, FÜR DIE SICHERHEIT DER IMMOBILIE SORGE ZU TRAGEN

Die fachmännische Kontrolle des Hauses kann Gefährdungsbereiche aufzeigen.

Als Bürgermeister, der die Verantwortung für Gemeindeimmobilien trägt, sollte man sich den damit verbundenen möglichen Schadenersatzansprüchen sowie auch strafrechtlichen Konsequenzen bewusst sein. Gebäudesicherheitsüberprüfungen helfen das Haftungsrisiko zu minimieren.

OFT BÖSES ERWACHEN NACH UNFÄLLEN ODER GEBRECHEN

Laut Gesetz haften Eigentümer von Immobilien für die Sicherheit und Gesundheit von Personen und deren Eigentum. Regelmäßige Überprüfungen bei Gebäuden erhöhen nicht nur die Sicherheit, sondern beugen auch Eigentümerhaftungen vor.
Gebäudesicherheitsprüfung von einem zertifizierten Gebäudesicherheitsprüfer erstellen zu lassen, zahlt sich in jedem Fall aus. Das wird dem Wohnhauseigentümer meist erst dann bewusst, wenn im Falle eines Unfalles oder technischen Gebrechens Schadensersatzzahlungen oder gar strafrechtliche Konsequenzen auf ihn zukommen. „Man kann sagen: Wer sich als Gebäudeeigentümer – oder bestellter Hausverwalter – nicht um sein Objekt kümmert, handelt fahrlässig“, weist Andreas Freudensprung, Geschäftsführer der HYPO NOE First Facility, auf die Gefahren hin.
Die (jährliche) fachmännische Kontrolle des Hauses auf Schäden und Gefahrenquellen kann Gefährdungsbereiche von Bauteilen oder Ausstattungen aufzeigen und dazu beitragen, Haftungen zu reduzieren oder zu vermeiden. Die ÖNORM B1300 (für Wohngebäude) und B1301 (für Nicht-Wohngebäude) bietet einen praxisorientierten Leitfaden zur regelmäßigen Kontrolle auf Schäden und Gefahrenquellen in Gebäuden. Der Nachweis, dass der Eigentümer seinen Sorgfaltspflichten nachgekommen ist – und diesbezüglich entlastet wird – gelingt ungleich leichter, wenn die Immobilie durch eine unabhängige, dritte Partei geprüft wurde und anschließend alle Vorkehrungen getroffen wurden, die nach der Auffassung des Verkehr vernünftigerweise zu erwarten sind.

HYPO NOE FIRST FACILITY

Die HYPO NOE First Facility, technischer Servicedienstleister und Facility-Manager, bietet als explizite Serviceleistung die Prüfung nach den empfohlenen Normen der Gebäudesicherheit.
Als FM-Komplettanbieter setzen zertifizierte Prüfer – in enger Absprache mit dem Eigentümer – Prioritäten in der Mängelbearbeitung. In einem weiteren Schritt werden die Mängel auf Kundenwunsch fachmännisch beseitigt. So wird zum einen die nachhaltige Gebäudesicherheit aufrecht erhalten, und zum anderen das Haftungsrisiko minimiert. Durch das regelmäßige Aufzeigen erforderlicher baulicher Maßnahmen wird zusätzlich ein Beitrag zur Wertsicherung bzw. Werterhöhung des Gebäudes gesetzt. Potentielle Schäden können somit frühzeitig erkannt und abgewendet werden.
Als 100-prozentige Tochter der HYPO NOE Landesbank und damit des Landes Niederösterreichs ist die HYPO NOE First Facility ein stabiler und verlässlicher Partner mit hohen Compliance-Standards. Das Unternehmen ist seit 35 Jahren auf dem Markt tätig und bietet Gemeinden insbesondere in den Bereichen Energieoptimierung, Objektsicherheit nach ÖNORM 1300/1301 und Gebäudebetrieb fachmännische Unterstützung. **www.hyponoe.at/immobilien**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

INFRASTRUKTUR

GEMEINDEN BAUEN **GLASFASER SELBST AUS**

BEI DER 2. FIBER-ENQUETE DER ACTION GROUP GIGABIT FIBER ACCESS (AGGFA) DER COMPUTER MEASUREMENT GROUP (CMG) UND DES GEMEINDEBUNDES WURDE DIE SCHAFFUNG EINES GLASFASERFONDS GEFORDERT.

Die großen Telekomkonzerne scheuen in entlegenen Gebieten aus Kostengründen davor zurück, die Glasfaserinfrastruktur bis zu den Häusern oder Wohnungen der potenziellen Konsumenten zu verlegen. Als Ersatz für dieses sogenannte Fiber to the Home-Modell (FTTH) werden die betroffenen Haushalte heute mehr schlecht als recht über bestehende Kupferleitungen mit Internet versorgt. Diese genügen jedoch zukünftigen Anforderungen nicht.

DIGITALE INFRASTRUKTUR AUCH FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

„Wir haben es einst geschafft, jeden Bauernhof mit einem Güterweg anzubinden und jede Liegenschaft ans Strom- sowie ans Telefonnetz anzuschließen. Heute ist unser Ziel, jede Liegenschaft in diesem Land mit einem hochwertigen Glasfaseranschluss anzubinden“, erklärt NÖ Gemeindebund-Vizepräsident Johannes Pressl. Das sei derzeit die zentrale Zukunftsfrage für die Gemeinden und den ländlichen Raum, damit die Menschen nicht noch mehr in die Städte abwandern.

NEBEN DEM BANDBREITENZIEL BRAUCHT ES AUCH EIN INFRASTRUKTURZIEL

„Der Gemeindebund ist der Überzeugung, dass es in Österreich langfristig ein flächendeckendes Glasfasernetz braucht und dass dieses in Zukunft wieder von der öffentlichen Hand bestimmt sein muss. Zudem muss dieses Netz allen Anbietern offenstehen“, ist Pressl überzeugt. Ergänzend zur Breitbandstrategie 2030 der österreichischen Bundesregierung brauche es daher nicht nur ein Bandbreitenziel, sondern auch ein Infrastrukturziel. Der Gemeindebund setzt dabei stark auf Bundesländerinitiativen wie zum Beispiel jene von nöGIG in Niederösterreich. Zudem gebe es immer mehr Gemeinden, die den Glasfaserausbau selbst in die Hand nehmen – wobei Pressl als Bürgermeister von Ardagger selbst einer solchen Gemeinde vorsteht, die in Abstimmung mit der nöGIG beim Leerrohr-Ausbau aktiv ist.

Telekommunikationsexperte Igor Brusic von der Action Group Gigabit Fiber Access (aggfa), aggfa-Vorsitzender Heinz Pabisch und NÖ Gemeindebund-Vizepräsident Johannes Pressl.

„ÖSTERREICH BRAUCHT EIN FLÄCHENDECKENDES GLASFASERNETZ, DAS ALLEN ANBIETERN OFFEN STEHEN MUSS.“

NÖ GEMEINDEBUND-VIZEPRÄSIDENT **JOHANNES PRESSL**

WASSERWIRTSCHAFTSFONDS SOLL ALS VORBILD FÜR GLASFASERFONDS DIENEN

Hinsichtlich der Finanzierung macht der Gemeindebund einen konkreten Vorschlag: „Die Gemeinden haben in den letzten Jahrzehnten wichtige Daseinsvorsorge-Infrastrukturen im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung im ländlichen Raum geschaffen, weil es das Instrumentarium des Wasserwirtschaftsfonds gibt. Bund, Länder und Gemeinden sollten sich über ein ähnliches Fördermodell auch im Bereich der Glasfaserinfrastruktur einigen“, fordert Pressl. Die Gemeinden würden sich gerne einbringen, wobei die Bundesländer aber die Koordination übernehmen sollten. Den Finanzierungszeitraum eines Glasfasernetzes will der Gemeindebund mit seinem Modell eines Glasfaserfonds vom Errichtungszeitraum entkoppeln.

ACACIO IMMOBILIEN

BAULANDENTWICKLUNG MIT MEHRWERT

WO BEKOMMEN GEMEINDEN UNTERSTÜTZUNG BEI IMMOBILIENPROJEKTEN?

Viele Gemeinden sind erfreulicherweise mit einer Nachfrage nach Wohnraum aber auch nach Betriebsflächen konfrontiert. Die Umsetzung von Baulandentwicklungsprojekten ist jedoch ein komplexes Themenfeld, in wirtschaftlicher, technischer und rechtlicher Hinsicht. Bei der Vielzahl an Aufgaben, welche die Gemeinden heutzutage zu bewerkstelligen zu haben, ist es öfter der Fall, dass nicht genug Zeit oder Kapazitäten verfügbar sind um sich mit der notwendigen Gründlichkeit den Aufgabenstellungen widmen, die für eine erfolgreiche Umsetzung erforderlich sind.
Es macht daher in vielen Fällen Sinn, einen Fachmann beizuziehen, der einerseits die notwendige Entlastung der Gemeinde ermöglicht und andererseits mit seiner fachlichen Expertise und der notwendigen Objektivität wesentlich zum Erfolg der Baulandentwicklung beiträgt.
Bereits zu Beginn ist im Rahmen der Projektkonzeption der vorgesehene Makro- und Mikrostandort genau zu analysieren. Die Nachfrage ist zu erheben, Zielgruppen sind zu definieren und ein entsprechender Marketingplan ist zu erstellen.
Der Nachweis der Wirtschaftlichkeit ist im Vorfeld zu erbringen. So sind sämtliche Aufwendungen den geplanten Erträgen gegenüberzustellen. Letztendlich gilt es auch die geeignete steuerliche Betrachtung zu finden.
Die Grundstücke sind zu sichern, eine geeignete Finanzierung ist zu organisieren und die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist zu erwirken. Rechtliche Grundlagen für die Umsetzung des Projektes sind zu erarbeiten.
Ein qualifiziertes Projektmanagement soll gewährleisten, dass die Abwicklung dem ursprünglich besprochenen Plan entspricht. Die laufende Dokumentation über den Projektfortschritt dient den kommunalen Entscheidungsträgern als wichtiges Informationstool.

ACACIO Immobilien GmbH
Bahnhofring 48, 3441 Pixendorf
www.acacio.at
ms@acacio.at
02275/42026 12 oder 0664/8818 8635

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

50 Frauen und einige Männer kamen zum Bürgermeisterinnentreffen.

VERNETZUNG

FRAUEN MOTIVIEREN, STÄRKEN UND INFORMIEREN

BEIM BÜRGERMEISTERINNENTREFFEN IN WIENER NEUSTADT WURDE ÜBERLEGT, WIE MAN NOCH MEHR FRAUEN DAZU BRINGEN KANN, SICH UM EIN POLITISCHES AMT ZU BEWERBEN.

Als fester Bestandteil im Programm der „Wir Niederösterreicherinnen-ÖVP Frauen“ bietet das alljährliche Bürgermeisterinnen- und Vizebürgermeisterinnentreffen die Gelegenheit, wertvolle Erfahrungen und gesammeltes Wissen auszutauschen. Darüber hinaus berichten Vertreterinnen des Landes über ihre Regierungsarbeit und aktuelle Entwicklungen in ihren Ressorts.
Landesrätin Petra Bohuslav, die Landesleiterin der ÖVP Frauen in Niederösterreich ist, meinte im Hinblick auf die Gemeindewahlen im kommenden Jahr: „Derzeit werden nur 12 Prozent aller Gemeinden in Niederösterreich von einer Frau geleitet. Bei einem weiblichen Bevölkerungsanteil von 51 Prozent bedeutet das: es gibt noch viel Luft nach oben! Deshalb sehen wir unseren Auftrag darin, mehr Frauen für politische Funktionen in den Gemeinden zu motivieren, ihnen Mut zu machen und sie gleichzeitig auf diese Aufgaben vorzubereiten.“ Neben Vernetzungstreffen setze man daher unter anderem auf einen eigenen politischen Lehrgang.
Unterstützung bekam Bohuslav von ihrer Kollegin im Regierungsteam, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister. „In Niederösterreich sind Frauen in der Politik selbstverständlich, aber immer noch unterrepräsentiert. Um den Anteil von Frauen in politischen Vertretungen zu erhöhen, braucht es nicht nur Förderprogramme und weibliche Vorbilder, es braucht auch die entsprechenden Rahmenbedingungen.
Familienbund-Vorsitzende Doris Schmidl gab einen Überblick über familienpolitische Inhalte, die besonders für die Kommunalpolitikerinnen von Interesse sind. „Familien sind die wichtigste kleine Einheit in unseren Gemeinden und das Herzstück unserer Zukunft“, so Schmidl.
Die Wichtigkeit eines politischen Gleichgewichts auf kommunaler Ebene thematisierte auch Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl. „Neben ihren besonderen sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten zeigen uns Bürgermeisterinnen, dass sie in allen Belangen kompetent und durchsetzungsfähig sind“, sagt Riedl, der auch ein Umdenken in der Sitzungskultur anstoßen möchte, damit Zivilberuf, Politik und Familie besonders für Frauen besser zu vereinbaren sind.

„NUR 12 % DER NÖ GEMEINDEN WERDEN VON EINER FRAU GELEITET. **ES GIBT NOCH VIEL LUFT NACH OBEN.“**

PETRA BOHUSLAV
LANDESLEITERIN DER WIR NIEDERÖSTERREICHERINNEN-ÖVP FRAUEN

„WILDE NACHBARN“

TIERBEOBACHTUNGEN **MELDEN**

WISSENSCHAFT UND ÖFFENTLICHKEIT PROFITIEREN

Der Siedlungsraum wird als Lebensraum für Wildtiere immer bedeutender. „Viele Wildtiere leben in unmittelbarer Nähe zu uns Menschen und profitieren z.B. durch Nahrungsabfälle auch durchaus von dieser Nähe“, erläutert der Zoologe Richard Zink, Leiter der Außenstelle Seebarn der Österreichischen Vogelwarte. Dabei kann es sich um Schwalben handeln, die an Haus- und Stallwänden ihre Nester bauen oder um den Steinmarder, der auf dem Dachboden einzieht.

Am Wagram leben auch Bienenfresser.

Die in Seebarn am Wagram angesiedelte Außenstelle der Österreichischen Vogelwarte der Veterinärmedizinischen Universität Wien startete nun das Projekt „Wilde Nachbarn“ in Niederösterreich. Dabei wird gemeinsam mit den Einwohnern das Vorkommen und die Verbreitung von Wildtieren im Siedlungsraum erforscht.
Auf der Internetplattform www.wildenachbarn.at können Beobachtungen direkt an die Forschenden gemeldet werden. Unter dieser Adresse ist es möglich, Sichtungen mit genauer Ortsangabe einzutragen und Fotos von den beobachteten Tieren hochzuladen. Diese Informationen fließen in Forschungsprojekte ein und können online auf Karten abgerufen werden.

www.wildenachbarn.at

EVN

ENERGIE VON ANFANG AN

EVN SCHUL- UND KINDERGARTENSERVICE

Die EVN zeigt seit vielen Jahren mit ihrem EVN Schul- und Kindergartenservice jungen Menschen auf spielerische Weise, wie man Energie sparsam und effizient verwendet. Das Angebot richtet sich an alle Schulen und Kindergärten in Niederösterreich.

PARTNER FÜR SCHULEN UND KINDERGÄRTEN

Das EVN Schul- und Kindergartenservice punktet unter anderem mit kostenlosem Lehr- und Lernmaterial, spannenden Experimenten zum Nachbauen, Vorträgen, Exkursionen in Kraftwerke sowie mit kompetenter Unterstützung bei Schulprojekten.
Im Zentrum stehen dabei immer der verantwortungsvolle Umgang mit Energie, Sicherheitsfragen und natürlich der Einsatz und die Möglichkeiten erneuerbarer Energiequellen. Dabei hat die EVN ein klares Ziel: Vom Kindergartenalter an sollen Kinder und Jugendliche auf spielerische und spannende Weise mit dem wichtigen Thema Energie vertraut gemacht werden.

Sämtliche Angebote sind kostenlos und stehen allen Kindergärten und Schulen in Niederösterreich offen.

DIE ZAHLEN:

- Mehr als 700 Schulen und über 200 Kindergärten nutzen jährlich die Angebote der EVN.
- Der Energiehase Joulius besucht mit seinem Theaterstück jedes Jahr rund 250 Kindergärten und begeistert so 12.500 Kinder.
- 30 EVN Schulbetreuer, die intern geschult werden und mitten in ihrem „EVN Leben“ stehen, sind Jahr für Jahr bei rund 700 Schulklassen mit 15.000 Schülerinnen und Schülern zu Gast.
- 16.000 Schülerinnen und Schüler besuchen jährlich eines der EVN Kraftwerke.

Detailinformationen und Bestellmöglichkeiten
www.young.evn.at

NEUERUNGEN

WAS BEI DER **GEMEINDE-WAHL** ZU BEACHTEN IST

„TEMPUS FUGIT“ – DIE ZEIT FLIESST DAHIN. DIE FÜNFJÄHRIGE FUNKTIONSPERIODE SEIT DER GEMEINDERATSWAHL IM JÄNNER 2015 IST FAST ABGELAUFEN. DIE NÄCHSTE ALLGEMEINE GEMEINDERATSWAHL STEHT BEVOR – SIE WIRD IM ERSTEN QUARTAL 2020 STATTFINDEN. VON MICHAEL FRABERGER

Nicht nur für die Gemeindeverwaltung, sondern auch für die Mandatare und Funktionäre in den Gemeinden beginnt langsam die Vorbereitung auf die Gemeinderatswahl. Schließlich müssen rechtzeitig geeignete Kandidaten gefunden, Wahlvorschläge erstellt und die entsprechenden Themen platziert werden.
Nicht zuletzt ist es aber auch notwendig, sich wieder mit den rechtlichen Grundlagen für die Gemeinderatswahl vertraut zu machen und dabei speziell die Änderungen seit der letzten Gemeinderatswahl im Blick zu haben. Schließlich macht es wenig Sinn, beispielsweise einen Kandidaten aufzustellen, der in dieser Gemeinde gar nicht wählbar ist, oder nichtamtliche Stimmzettel vorzubereiten, die aufgrund rechtlicher Vorgaben so nicht zulässig sind.
In der Folge sollen daher die wesentlichen rechtlichen Neuerungen seit der Gemeinderatswahl 2015 in geraffter Form dargestellt werden.

ÄNDERUNGEN DER NÖ GEMEINDERATSWAHLORDNUNG

Die zentrale gesetzliche Grundlage für den Ablauf der Gemeinderatswahl ist die NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 (NÖ GRWO). Seit der Wahl 2015 erfolgten drei Novellen der NÖ GRWO, welche mit LGBl. Nr. 31/2017, Nr. 23/2018 und Nr. 27/2019 kundgemacht wurden.
Die wesentlichsten Inhalte dieser Novellen stellen sich wie folgt dar:

Führung eines elektronischen Abstimmungsverzeichnisses
Nachdem es dafür bisher keine gesetzliche Grundlage in der NÖ GRWO gab und das Abstimmungsverzeichnis bei der letzten Wahl daher händisch oder in manchen Gemeinden sogar mit Schreibmaschine geführt werden musste, wurden die Bestimmungen des Bundes über die Möglichkeit zur Führung eines elektronischen Abstimmungsverzeichnisses übernommen.

„NICHT-ÖSTERREICHSCHE EU-BÜRGER KÖNNEN NICHT BÜRGERMEISTER ODER GEMEINDEVORSTAND WERDEN.“

Einbringung des Wahlvorschlages
Es wurde nunmehr ausdrücklich klargestellt, dass Wahlvorschläge ausschließlich im Original und ausschließlich in schriftlicher Form im Gemeindeamt eingebracht werden müssen. Eine Einbringung per Telefax oder als (Anhang einer) E-Mail ist damit nicht zulässig. Nachdem Wahlvorschläge spätestens um 12:00 Uhr des 39. Tages vor dem Wahltag eingebracht werden müssen und bei Versäumen dieser Frist eine Teilnahme an der Wahl nicht möglich ist, gilt es daher, entsprechend Zeit für die Verbringung des Wahlvorschlages ins Gemeindeamt einzuplanen.

Gestaltung eines nichtamtlichen Stimmzettels
Wie bisher gibt es bei der Gemeinderatswahl neben dem amtlichen auch einen nichtamtlichen Stimmzettel. Bei der letzten Wahl hat sich gezeigt, dass in einigen wenigen Fällen nichtamtliche Stimmzettel hergestellt wurden, welche nicht nur persönliche Angaben zu den Wahlwerbern enthielten, sondern auch Vorhaben oder Projekte des Wahlwerbers in der Gemeinde beinhalteten. Dies widerspricht dem Zweck eines nichtamtlichen Stimmzettels und soll daher durch das Verbot von Projekten oder Projektbeschreibungen unterbunden werden. Zusätzlich wurde auch die Verwendung von Wahlslogans auf nichtamtlichen Stimmzetteln untersagt.
Ein nichtamtlicher Stimmzettel darf daher (wie bisher) keine Fotos oder bildhaften Darstellungen von Personen, und nun auch keine Projekte oder Projektbeschreibungen oder Wahlslogans enthalten, die jeweils

durch Druck oder sonstige Vervielfältigung auf dem Stimmzettel angebracht worden sind. Wird gegen diese Vorgaben verstoßen, ist der jeweilige nichtamtliche Stimmzettel ungültig.
Projekte und Projektbeschreibungen sind Vorhaben, die insbesondere auf kommunaler Ebene nach der Wahl umgesetzt, unterstützt oder fortgeführt werden sollen. Beispiele aus den Erläuterungen dazu: „Meine Stimme für den Neubau des Kindergartens“, „Gegen den Ausbau der Schnellstraße“, „Mit Kandidat XYZ für den Ausbau des Betriebsgebietes“ etc.
Unter Wahlslogans sind wertende Aussagen zu verstehen. In den Erläuterungen finden sich folgende Beispiele: „Mit neuer Kraft für unsere Gemeinde“, „Eine starke Stimme für die Gemeinde ABC“ etc. Auch der Slogan „Miteinander für die Gemeinde ABC“ wäre nicht zulässig.

ÄNDERUNGEN DER NÖ GEMEINDEORDNUNG

Am 22.6.2017 wurde vom NÖ Landtag eine Novelle der NÖ Gemeindeordnung 1973 beschlossen, welche mit LGBl. Nr. 55/2017 kundgemacht wurde. Diese ist zwar nicht für die Gemeinderatswahl an sich, wohl aber für die Konstituierung der Gemeindeorgane nach der Wahl sehr wichtig.
Die wesentlichsten Inhalte:

Gemeinderat nur in einer Gemeinde
Wie bisher ist es grundsätzlich möglich, in mehreren NÖ Gemeinden zu kandidieren, sofern jeweils die Voraussetzungen für die Wählbarkeit (insbesondere ordentlicher Wohnsitz) vorliegen.
Nunmehr darf ein gewählter Bewerber aber nur in einer Gemeinde das Gelöbnis leisten. Wurde ein Bewerber in mehrere Gemeinderäte gewählt, so hat er sich bis zur ersten konstituierenden Sitzung eines Gemeinderates, in den er gewählt wurde, zu entscheiden, für welche Gemeinde er das Gelöbnis leistet. Auf Mandate in anderen Gemeinden muss er verzichten und ist in diesen Gemeinden aus der Liste der Ersatzmitglieder zu streichen.
Es ist daher nicht mehr möglich, in mehreren Gemeinden die Funktion als Gemeinderatsmitglied auszuüben.

Wahl zum Bürgermeister/Mitglied des Gemeindevorstandes (Stadtrates)
Wie bisher können zum Bürgermeister und in den Gemeindevorstand (Stadtrat) nur Mitglieder des Gemeinderates gewählt werden, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. EU-Bürger können also in den Gemeinderat gewählt werden (wenn sie in der jeweiligen Gemeinde passiv wahlberechtigt sind), nicht aber Bürgermeister bzw. Mitglied des Gemeindevorstandes (Stadtrates) werden.
Nunmehr müssen Bürgermeister und Mitglieder des Gemeindevorstandes (Stadtrates) zusätzlich in der Gemeinde, für welche sie in diese Funktion gewählt werden/wurden, ihren Hauptwohnsitz haben.

MICHAEL FRABERGER, LL.M. (WU), BA
IST JURIST IM NÖ GEMEINDEBUND

Sicherheit für NÖ Gemeinden
→ Kompletter Versicherungsschutz für Gebäude und Einrichtungen
→ Umfassende Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung
→ Finanzielle Vorsorge für die Gemeindebediensteten

NV
Die Niederösterreichische Versicherung
Wir schaffen das.

Das Produktinformationsblatt finden Sie auf unserer Website.

Niederösterreichische Versicherung AG
Neue Herrengasse 10
3100 St. Pölten
www.nv.at

STEUERN

DER INNENUMSATZ UND **EIGENVERBRAUCH**

DIE ABBILDUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN INNERHALB DER GEMEINDE AUS UMSATZSTEUERLICHER SICHT VON URSULA STINGL-LÖSCH

Die von einer Gemeinde ausgeübten Tätigkeiten unterteilen sich in hoheitliche und private, unternehmerische Tätigkeiten. Gemäß § 2 Abs. 3 UStG entfalten Gemeinden nur aufgrund ihrer Betriebe gewerblicher Art gemäß § 2 Abs.1 KStG und den in § 2 Abs. 3 UStG genannten Tätigkeiten (Wasserwerke, Schlachthöfe, Anstalten zur Müllbeseitigung, Abfuhr von Spülwasser und Abfällen und Vermietung und Verpachtung von Grundstücken) Unternehmereigenschaft. Aus Sicht der Umsatzsteuer gilt die Gemeinde mit all ihren ausgeübten Tätigkeiten dennoch nur als eine gesamte unternehmerische Einheit. Dies hat zur Folge, dass für die Gemeinde nur eine Steuernummer und UID-Nummer vergeben wird und sämtliche Tätigkeiten in den monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungen und der Jahressteuererklärung zusammenzufassen sind.

LEISTUNGSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN EINHEITEN

Im gewöhnlichen Tagesablauf kommt es immer wieder zum Leistungsaustausch zwischen den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen. Die Lieferung von Wasser aus dem Bereich BgA Wasserversorgung an den BgA Kindergarten stellt ebenso eine interne Leistungsbeziehung dar, wie die gemeindeeigene Müllabfuhr für die Volksschule. Die korrekte Erfassung dieser Leistungsbeziehung in der Umsatzsteuer hängt von den beteiligten Bereichen innerhalb der Gemeinde ab:

BEISPIEL EIGENVERBRAUCH

Der Volksschule werden quartalsweise die Abgaben für Kanal, Wasser, Müll vorgeschrieben.
Die Vorschreibung erfolgt mit 10 Prozent Umsatzsteuer, wodurch die Eigenverbrauchsbesteuerung vorgenommen wird. Im Haushaltsansatz der Volksschule erfolgt die Verbuchung der Vorschreibung richtigerweise mit dem Bruttobetrag (ohne Vorsteuerabzug), da für den hoheitlichen Bereich kein Vorsteuerabzug zusteht.

EIGENVERBRAUCH

Werden Lieferungen und (Dienst-)Leistungen von einem unternehmerischen Bereich (Leistungserbringer) der Gemeinde an einen hoheitlichen Bereich (Leistungsempfänger) erbracht, spricht man von Eigenverbrauch.

Der Eigenverbrauch ist gemäß § 1 Abs. 2 UStG den Lieferungen und Leistungen gleichgestellt und steuerbar. Dieser ist steuerpflichtig, unabhängig davon, ob für die Vorleistungen im Vorfeld der Vorsteuerabzug geltend gemacht worden ist. Die Verrechnung der erbrachten Lieferungen oder Leistungen hat mit den anzuwenden Steuersätzen gemäß § 10 UStG und anhand der Vorgaben zur Rechnungsausstellung gemäß § 11 UStG mittels Beleg zu erfolgen.

INNENUMSATZ

Die Leistungserbringung zwischen zwei unternehmerischen Bereichen einer Gemeinde bezeichnet man als Innenumsatz. Gemäß § 1 UStG stellt die Lieferung bzw. Leistungserbringung zwischen unternehmerischen Bereichen eines Unternehmens keine umsatzsteuerbare Leistung dar. Für eine solche Leistungserbringung ist keine Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen, sie berechtigt gemäß UStR Rz 1520 auch nicht zum Vorsteuerabzug.

MAG. URSULA STINGL-LÖSCH IST STEUERBERATERIN BEI DER NÖ GEMEINDEBERATUNG

„DIE KORREKTE ERFASSUNG DER LEISTUNGSBEZIEHUNG IN DER UMSATZSTEUER **HÄNGT VON DEN BETEILIGTEN BEREICHEN INNERHALB DER GEMEINDE AB.**"

BEISPIEL INNENUMSATZ

Der BgA Wasserversorgung liefert das Wasser an den BgA Kindergarten. Da es sich bei beiden Betrieben um unternehmerische Bereiche handelt, stellt diese Lieferung einen Innenumsatz dar, für welchen keine Umsatzsteuer in Rechnung gestellt werden darf.
Die Vorschreibung erfolgt mit 10 Prozent Umsatzsteuer, wodurch die Eigenverbrauchsbesteuerung vorgenommen wird. Im Haushaltsansatz der Volksschule erfolgt die Verbuchung der Vorschreibung richtigerweise mit dem Bruttobetrag (ohne Vorsteuerabzug), da für den hoheitlichen Bereich kein Vorsteuerabzug zusteht.
Im Bereich BgA Wasserversorgung können allfällige Vorsteuern aus Vorleistungen unter Anwendung des Umsatzsteuergesetzes in Abzug gebracht werden.
Bei der Belegerstellung für die interne Leistungsverrechnung zwischen zwei unternehmerischen Bereichen ist darauf zu achten, dass keine Umsatzsteuer in Rechnung gestellt wird. Andernfalls kommt es hier gemäß § 11 Abs. 14 UStG zur Umsatzsteuer Kraft Rechnungslegung: Die geschuldete Umsatzsteuer ist für den leistungserbringenden Bereich abzuführen, der Vorsteuerabzug steht dem anderen unternehmerischen BgA als Leistungsempfänger aufgrund falscher Rechnungslegung jedoch nicht zu.

enu * Die Energie- & Umweltagentur des Landes NÖ
e-mobil in niederösterreich
RADLAND NIEDERÖSTERREICH
EVN
eco plus Die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich

© lassedesignen - fotolia.com, valeo5 - istockphoto.com

GRÜNRAUM

BAUMHAFTUNG BRAUCHT NEUREGELUNG

DIE UMWELTANWALTSCHAFT SIEHT EINSPARUNGSPOTENTIAL FÜR DIE GEMEINDEN

VON FRANZ OSWALD

Das Thema Baumhaftung ist in Niederösterreich, aber nicht nur hier, hochaktuell. Die NÖ Umweltanwaltschaft schlägt eine gesetzliche Neuregelung vor, die auch für die Gemeinden wichtig wäre und Einsparungspotential enthält.

Worum geht es? Bäume, unbestritten wichtig für Natur und Umwelt, werden zunehmend als Unfallgefahr gesehen. Das bringt oft einen übertriebenen Rückschnitt, in vielen Fällen werden Bäume wegen einer – oft übertriebenen – Einschätzung als Gefahrenquelle gleich gefällt. Die Auswirkungen sind meist negativ. Denn durch diese risikobedingte Entfernung großer und meist alter Bäume fehlen deren wichtige Funktionen: die Schattenwirkung, Abkühlung durch Verdunstung, Verminderung von Staub, Verlust der Erholungswirkung. Aber auch wesentliche Naturschutzaspekte gehen unwiederbringlich verloren.

„Zudem werden Bäume in der Rechtsprechung in sinnwidriger Weise wie Bauwerke behandelt. Die derzeitige Situation verursacht etwa auch den Gemeinden wegen Schadens- und Ersatzzahlungen hohe Kosten“, verweist der Leiter der NÖ Umweltanwaltschaft, Thomas Hansmann, auf dieses aktuelle Anliegen.

PROF. DR. FRANZ OSWALD WAR CHEFREDAKTEUR DER NÖ LANDESREGIERUNG UND IST JETZT FREIER JOURNALIST

KONKRETE LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Die Umweltanwaltschaft, die sich mit diesem Thema intensiv beschäftigt, bietet der Gesetzgebung und damit auch den Gemeinden Lösungsansätze an:

- die Unterscheidung zwischen Wald und Bäumen in Wohn- und Siedlungsgebieten,
- gesetzliche Klarstellungen durch Einfügung einer Norm im ABGB, wo die Pflichten der Verkehrssicherung für Baumeigentümer und Wegehalter genau festgelegt sind,
- die daraus resultierenden Regelungen im Forst- und im Wasserrechtsgesetz,
- das Prinzip der Selbstverantwortung im Schadensfall und
- bei Bäumen im Wohn- und Siedlungsraum soll die Einhaltung eines zu definierenden Pflegemaßstabes eine Haftungsbefreiung der Grundeigentümer bewirken.

WIN-WIN-SITUATION

Dazu Umweltanwalt Hansmann: „Die Klarstellung der Rechtslage wäre im Interesse der Land- und Forstwirtschaft, des Natur- und des Klimaschutzes, durch finanzielle Entlastung aber auch der Gemeinden eine Win-Win-Situation und sollte daher ehebaldigst angegangen werden.“

GEMEINDEN **IN DER PFLICHT**

BEKANNTGABE- UND MELDEPFLICHTEN NACH ERFOLGTER ÖFFENTLICHER AUFTRAGSVERGABE

Auch für den Zeitpunkt nach erfolgter Vergabe eines öffentlichen Auftrages sieht das Bundesvergabegesetz (BVergG) 2018 Verpflichtungen für Gemeinden vor. Gemeinden sind nämlich verpflichtet, ihren Bekanntgabe- und sonstigen Meldepflichten unmittelbar bzw. binnen knapper Fristen nachzukommen. Kommen Gemeinden diesen Verpflichtungen nicht oder nicht ordnungsgemäß nach, begehen sie eine Verwaltungsübertretung, die mit Geldstrafen bis zu 50.000 Euro zu ahnden ist.

FOTO: SHUTTERSTOCK/ HERI YATI

FOLGENDE BEKANNTGABE- UND MELDEPFLICHTEN BESTEHEN:

- § 61 und 62 BVergG 2018: **binnen 30 Tagen** ab Auftragsvergabe sind europaweite Vergaben sowohl dem Amt für Veröffentlichung der Europäischen Union als auch über open government data (OGD) via **https://www.data.gv.at/** bekannt zu geben.
- § 360 BVergG 2018: **bis zum 10. Februar** jeden Jahres ist der Landesregierung eine statistische Aufstellung über sämtliche vergebenen Aufträge bzw. Preisgelder des vergangenen Jahres zu übermitteln.
- § 365 Abs 4 BVergG 2018: Vertragsänderungen im Oberschwellenbereich können einer Bekanntgabepflicht (dem Amt für Veröffentlichung der Europäischen Union als auch über open government data (OGD) via **https://www.data.gv.at/**) unterliegen (**binnen 30 Tagen ab Änderung**).
- § 367 BVergG 2018: jeder vergebene Bauauftrag, dessen Auftragssumme 100.000 Euro übersteigt, ist **unmittelbar** nach Zuschlagserteilung in die Baustellendatenbank der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse einzutragen.

Daten müssen auf www.data.gv.at bekannt gegeben werden.

Schramm Öhler Rechtsanwälte

Herrengasse 3-5, 3100 St. Pölten
schramm-oehler.at
kanzlei@schramm-oehler.at
01/ 409 76 09

BUCH

BVergG 2018
Schramm-Öhler-Rechtsanwalt Andreas Gföhler hat gemeinsam mit Karlheinz Moick das Buch „**BVergG 2018 – Höchstgerichtliche Judikatur in Leitsätzen**“ herausgegeben.
Die Autoren ordnen die vergaberechtlichen Entscheidungen der Höchstgerichte den Bestimmungen des BVergG 2018 zu und geben damit einen umfassenden Überblick zum aktuellen Stand des Bundesvergabegesetzes.
Das Fachbuch bietet:

- über 4.000 Leitsätze zu vergaberechtlichen Entscheidungen von EuGH, VfGH, VwGH und OGH ab 1988 (die Leitsätze wurden den Paragraphen des BVergG 2018 zugeordnet und systematisch aufbereitet)
- mehr als 600 Leitsätze aus nicht veröffentlichten „Ablehnungsbeschlüssen“ des VwGH
- eine Gegenüberstellung der Paragraphen des BVergG 2006 zu jenen des BVergG 2018.

Das Buch ist erhältlich im Manz-Webshop unter www.manz.at.

NÖ GEMEINDETAG FÜR BESCHAFFUNG VERGABERECHT IM DIALOG

Partizipation – Dialog – Netzwerken

SCHRAMM ÖHLER RECHTSANWÄLTE
Ihre Projekte. **In sicherer Hand.**

Wir laden die **niederösterreichischen kommunalen Entscheidungsträger** zum NÖ GemeindeTag in unsere Kanzlei in St. Pölten.

Welche aktuellen Fragen zum Bundesvergabegesetz (BVergG 2018) beschäftigen Sie und Ihre Gemeinde? Welches ist das zielführendste Vergabeverfahren für Ihr Projekt und Ihre Gemeinde? Welche Erfahrungen haben andere Gemeinden gemacht?

Für kommunale Entscheidungsträger in Niederösterreich

Ihre Fragen wollen wir am Mittwoch, dem **5. Juni 2019, ab 14 Uhr** im gemeinsamen Dialog mit Ihnen diskutieren.
Schramm Öhler Rechtsanwälte, 3100 St. Pölten, Herrengasse 3-5

www.schramm-oehler.at **KEINE TEILNAHMEGEBÜHR** **Info & Anmeldung:** news@schramm-oehler.at

IMMER MEHR **NÖ JUGEND-PARTNERGEMEINDEN**

GEMEINDEN ZEIGEN ENORMES INTERESSE AN AKTIVER JUGENDBETEILIGUNG

Im Rahmen einer Festveranstaltung wurden in der Arena Nova in Wiener Neustadt die Zertifizierungen als „NÖ Jugend-Partnergemeinde NEU" von Jugend-Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister vergeben. Die Zertifikate sind von 2019 bis 2021 gültig. „233 – so viele Gemeinden wie noch nie – werden in den kommenden drei Jahren den Titel NÖ Jugend-Partnergemeinde tragen", ist Teschl-Hofmeister über diese Rekordzahl erfreut.

FOTO: NLK FILZWIESER

Extremsportler Michael Strasser, Moderatorin Mariella Gittler, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und der Wiener Neustädter Vizebürgermeister Christian Stocker.

161 GEMEINDEN HABEN EIN „HERZENSPROJEKT"

Der Bogen der Kriterien für eine Jugend-Partnergemeinde spannt sich von der aktiven Mitbeteiligung in der Gemeinde, das Raumangebot für die Jugend bis hin zu Jobinitiativen, persönlichen Zukunftsperspektiven und ein gutes Informationsangebot in der Gemeinde. Darüber hinaus gab es bei der aktuellen Zertifizierung erstmalig die Gelegenheit, ein besonderes „Herzensprojekt" im Jugendbereich zu beschreiben. Vom innovativen Jugend-Fun-Court über den gemütlichen Jugendtreff für die Freizeit bis zum kreativen Projekt im Bereich Politischer Bildung reicht dabei das Spektrum. Diese neuartige Möglichkeit, sich zu einer „NÖ Jugend-Partnergemeinde PLUS" zu steigern, wurde von 161 Gemeinden genutzt.

IN ZEITEN DER DIGITALISIERUNG **WIRD LESEN WICHTIGER**

CHRISTIAN TRAMITZ LAS AUS NEUEM BAKABU-BUCH VOR

Anlässlich des Österreichischen Vorlesetages besuchte der deutsche Schauspiel-Star Christian Tramitz den Kindergarten im NÖ Landhaus und las den Kindern aus dem neuen Osterbuch rund um den Ohrwurm „Bakabu" vor. Lesen und Vorlesen sind gerade in einer Zeit fortschreitender Digitalisierung immer wichtigere Tätigkeiten, die es zu wahren und zu fördern gilt – so der einhellige Tenor der Veranstaltungsgäste.
„Der Gemeindebund hat sich bereits für den Einsatz der ersten Bakabu-Bücher in allen niederösterreichischen Kindergärten stark gemacht, weil der spielerische Umgang mit Sprache und Kommunikation gerade Kinder in jungen Jahren in ihren Ausdrucksfähigkeiten und ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt", erläuterte Gemeindebund-Chef Alfred Riedl.

FOTO: NLK PFEIFFER

Zu den Zuhörerinnen und Zuhörern gesellten sich auch HYPO-NÖ-Vorstand Wolfgang Viehauser, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Christian Tramitz, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und Autor Ferdinand Auhser.

DAS NÖGEMEINDE PORTRAIT

MICHAEL BARTMANN, AMTSDIREKTOR IN PERCHTOLDSDORF

STECKBRIEF

NAME | MICHAEL BARTMANN
BERUF | AMTSDIREKTOR
ORT | PERCHTOLDSDORF

EINER, DER **MIT ALLEN POLITISCHEN PARTEIEN „KANN“**

Trotz ihrer unmittelbaren Nähe zu Wien hat die knapp 18.000-Seelen-Gemeinde (mit Zweitwohnsitzern) Perchtoldsdorf ein beachtliches kulturelles, wirtschaftliches, touristisches und natürlich politisches Eigenleben.
Michael Bartmann ist hier bereits seit 2002 als Amtsdirektor tätig und beherrscht längst alle Facetten der Amtsleitung.

STAATSPRÜFUNG BEIM HEUTIGEN BUNDESPRÄSIDENTEN

Am 3. April 1957 in Wien geboren, besuchte Bartmann das Gymnasium in Mödling, schloss das Jus-Studium mit dem Magister- und Doktortitel ab. Kleiner Gag am Rande: „Die Staatsprüfung in Volkswirtschaftslehre habe ich bei Prof. Van der Bellen abgelegt, der damals an der Wiener Uni lehrte“, erinnert sich Bartmann noch gut an den heutigen Bundespräsidenten.
1982 trat Bartmann in den Dienst des Landes ein, arbeitete an zwei BH und hatte viel mit Baurecht und Verkehr zu tun. 1990 suchte Perchtoldsdorf gerade einen zweiten Juristen, der im Bau- und im Verkehrsrecht firm war. Als Amtsdirektor Gehring 2002 in Frühpension ging, war Bartmann der logische Nachfolger. „Für mich war es immer wichtig, eine gute Gesprächsbasis zu allen politischen Parteien zu haben, aus der Parteipolitik halte ich mich heraus, bin damit gut gefahren“, betont Bartmann sein Credo in der Amtsführung.

GROSSPROJEKTE BURG UND LUDWIG-HALLE

Fachliche Bewährungsproben folgten reihenweise. So gab es in den 90er-Jahren in Perchtoldsdorf eine enorme Bautätigkeit, deren Höhepunkte Ausbau und Rettung der Burg sowie die Errichtung der Siegfried-Ludwig-Halle waren. Das Burgprojekt mit seiner neuen Unterburg war architektonisch ein sensationeller Wurf, die Ludwig-Halle samt Turnsälen brachte einen weiteren repräsentativen Veranstaltungsbereich. „Die nicht geringen Probleme wurden gelöst, die EU-Richtlinien und das Budget voll eingehalten“, verweist Bartmann nicht ohne Stolz auf diese Herausforderungen. Was ebenso für das wirtschaftliche Management der Großgemeinde gilt. Für seine diversen Betriebe wurden unter wesentlichem Mittun des Amtsdirektors eine Betriebsgesellschaft und für die Immobilien der Gemeinde eine Immobiliengesellschaft gegründet. Wodurch Doppelgleisigkeiten und unnötige Kosten vermieden werden konnten.

BRAUCHTUM UND HUMOR

Auch das Brauchtum wird in Perchtoldsdorf gepflegt, wie Hütereinzug, Hauerball, Faschingsbräuche, ein prächtiger Fronleichnamsumzug bis hin zum Weinhauer-Kabarett u.v.m. beweisen.
Manchmal kommt es auch in der Gemeinde zu unfreiwilligen kabarett-ähnlichen Szenen, wie der Amtsdirektor zu berichten weiß. So wunderte sich einmal eine Beamtin am Faschingdienstag in der Einlaufstelle, dass alle Vorbeikommenden in lautes Gelächter ausbrachen. Kein Wunder, gab es doch am Einlaufschalter ein Schild mit der Aufschrift „Bitte nicht füttern“. Mit diesem (bösartig-humorvollem) Schild erinnerte der verglaste Schalter ein wenig an den Tiergarten Schönbrunn, und nun verstand die Beamtin, die das Schild wütend abriss, das schallende Gelächter.

PROF. DR. FRANZ OSWALD
WAR CHEFREDAKTEUR DER NÖ LANDESREGIERUNG UND IST JETZT FREIER JOURNALIST

Die Erzählkunst erfolgreicher Politikerinnen und Politiker liegt darin, komplexe und komplizierte Sachverhalte so zu bringen, dass Menschen interessiert zuhören und sie verstehen.

FOTO: SHUTTERSTOCK/ BECRIS

KOMMUNIKATION

MIT „STORYTELLING“ SACHVERHALTE ERKLÄREN

DER FRÜHLING IN DER AKADEMIE 2.1 HÄLT NOCH EINIGES BEREIT: SCHWERPUNKT BIS ZUM SOMMER BLEIBT DER BEREICH „KOMMUNIKATION“.

Storytelling“ bedeutet wörtlich übersetzt „Geschichten erzählen“. Dahinter steckt aber viel mehr. Storytelling ist heute überall im täglichen Leben. Es ist nicht nur ein machtvolles Instrument der Werbung, sondern auch der politischen Kommunikation geworden.
Die Erzählkunst erfolgreicher Politikerinnen und Politiker liegt darin, komplexe und komplizierte Sachverhalte so zu bringen, dass Menschen interessiert zuhören und sie verstehen.

Im Seminar lernen die Teilnehmer:

- die Analyse und Grundstrukturen erfolgreicher politischer Geschichten,
- die Erarbeitung der persönlichen Erzählung zur Verbesserung der politischen Motivationskraft,
- den richtigen Einsatz von Wörtern, sprachlichen Bildern und Emotionen und
- den erfolgreichen Einsatz des Storytellings in der politischen Praxis.

SEMINAR BESCHWERDEMANAGEMENT IN DER GEMEINDE

„Beschwerden“ – inhaltlicher oder persönlicher Natur – sind aus der Politik nicht wegzudenken, werden aber oft negativ bewertet oder verdrängt. Sie sind aber auch Chancen für notwendige Veränderungen.

Im Seminar lernen die Teilnehmer:

- eine lösungsorientierte Gesprächskultur zu entwickeln,
- Bürgerinnen und Bürger miteinzubinden und dadurch mehr Zufriedenheit zu erreichen,
- Ärger zu reduzieren und auch mit schwierigen Situationen gelassen umzugehen.

TEAM AKADEMIE 2.1
Lisa Stadtherr, BA BA MA, Geschäftsführerin
Sonja Hoschek
Theresa Wurlitzer

office@akademie21.at
02742/9020-1680
www.akademie21.at

SEMINARE

AKTUELLE ANGEBOTE

- 21. Mai, Amstetten: **Storytelling**
- 1. Juni, Krems: **Politische Rhetorik**
- 5. Juni, Gänserndorf: **Beschwerdemanagement in der Gemeinde**
- 12. Juni, Tulln: **Beschwerdemanagement in der Gemeinde**
- 17. Juni, Zwettl: **Beschwerdemanagement in der Gemeinde**
- 1. Juli, Wiener Neustadt: **Politische Rhetorik**

KOMMUNALAKADEMIE NÖ

KNOW-HOW FÜR MODERNE GEMEINDEVERWALTUNG

KOMMUNALAKADEMIE NÖ UND DONAU-UNI KREMS KOOPERIEREN VON FRANZ OSWALD

Schon seit längerem kooperiert die Kommunalakademie NÖ mit hochqualifizierten Einrichtungen wie Donau-Universität Krems, NÖ Landes- bzw. Zukunftsakademie sowie mit Spitzenbeamten aus Land und Bund und Vertretern der Computerbranche etc. So gibt es seit 2010 in Zusammenarbeit mit der Donau-Uni den Lehrgang „Public Management“, der seit letzten Oktober bereits zum sechsten Mal lief und abgeschlossen ist.

LEHRGANG PUBLIC-MANAGEMENT

Die Management-Lehrgänge, die berufsbegleitend zwei Semester in Modulform laufen, haben das Ziel, das Know-how zu vermitteln, um die Gemeindeverwaltung verantwortungsvoll und auf höchstem Niveau zu führen. Im Zeitalter der Digitalisierung ist das notwendiger denn je.
Den jüngsten Kurs absolvierten alle zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgreich.
Das in fünf Modulen vermittelte Lehrprogramm ist höchst anspruchsvoll. Inhalte sind unter anderem: Public Management - Herausforderungen und Strategien, Amtsleiter(in) als Dienstleistungs-Manager(in), Einsatz neuer Technologien, Kommunales Finanzwesen, Qualitätsmanagement, Kontrollsysteme.

KOMMUNALVERWALTUNG BRAUCHT WEITERBILDUNG

Lehrgangs- und Akademieleiter Harald Bachhofer zeigt sich mit der Entwicklung der Management-Lehrgänge sehr zufrieden: „Wir vermitteln Know-how zur Bewältigung neuer Herausforderungen für Verwaltungen, sowie die Nutzung moderner Technologien in Kommunikation und Information.“
Für die Kommunalakademie kündigt Bachhofer für Herbst weitere Veranstaltungen an, vor allem zur bevorstehenden Gemeinderatswahl, da mit vielen neuen Bürgermeistern und Gemeinderäten zu rechnen ist.

FOTO: MBS EVENTCONSULTING E.U.

Den jüngsten Public Management Kurs absolvierten alle zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgreich

LEHRGANG „KOMMUNALRECHT“

Der zweite hochrangige, derzeit noch laufende Lehrgang, ebenfalls in Krems, betrifft „Kommunalrecht“. Neun höhere Gemeindebedienstete und ein Bürgermeister nehmen teil.
Gelehrt wird profundes rechtliches Fachwissen für kommunales Handeln. Auch hier wird in mehreren Modulen zweisemestrig berufsbegleitend unterrichtet, darunter Finanzverfassung, Kommunalrecht, Verwaltungsrecht, Abgabenrecht, Kommunale Finanzierungsinstrumente usw. Einer der Vortragenden ist der Vizerektor der Donau-Uni, Univ.-Prof. Thomas Ratka.

Bereits fest steht ein weiterer Kommunalrechtslehrgang, der am 11. Oktober 2019 beginnt. Anmeldung ist ab sofort möglich:

Donau-Universität Krems
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, 3500 Krems
elfie.kreitner@donau-uni.ac.at
02732/893-2401

NACHHALTIGE IDEEN FÜR DIE GEMEINDEN

DER GEMEINDETAG UND DIE KOMMUNALMESSE WIDMEN SICH ZUKUNFTSTEHMEN, DIE ALLE ANGEHEN

Lawinen- und Hochwasserschutz, Bauprojekte, Umweltschutz – in den Gemeinden werden durch richtungsweisende Entscheidungen Entwicklungen angestoßen, von denen die Bürgerinnen und Bürger noch Jahrzehnte später profitieren können. Daher widmen sich auch die größten kommunalpolitischen Veranstaltungen des Jahres, der Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse, den Themen Vielfalt und Nachhaltigkeit.

JETZT ANMELDEN

Die beiden Events finden von 27. bis 28. Juni in Graz statt. Der Link zur Anmeldemöglichkeit findet sich auf **https://gemeindebund.at/gemeindetag**.
Adaptierungen gibt es heuer beim Programm: Erstmals findet die Fachtagung am Donnerstag direkt im Anschluss an die Eröffnung statt. Umrahmt wird das Programm von kulinarischen und musikalischen Schmankerln aus der Steiermark. Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der vergangenes Jahr wegen der UNO-Vollversammlung nicht am Gemeindetag teilnehmen konnte, wird heuer bei der Festveranstaltung am Freitag wieder dabei sein.

FOTO: MCG, KRUG

Der Gemeindetag und die Kommunalmesse finden am 27. und 28. Juni in der Grazer Stadthalle statt.

https://gemeindebund.at/gemeindetag

https://diekommunalmesse.at

DAS TRIESTINGTAL WILL DIGITALE MUSTERREGION WERDEN

BIS ZUM SOMMER WERDEN 3.300 HAUSHALTE BREITBANDANSCHLÜSSE ERHALTEN

Die Triestingtal-Gemeinden Weissenbach, Kaumberg, Altenmarkt und Furth wollen sich gemeinsam zu einer digitalen Musterregion in Österreich entwickeln. Erreicht werden soll das in erster Linie über den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur. Die Arbeiten dazu laufen bereits.
Bis zum Sommer werden rund 3.300 Haushalte Breitbandanschlüsse erhalten.
„Österreichs Verwaltung war immer eine der besten der Welt, diesen Anspruch haben wir auch beim digitalen Amt. Dank Breitbandausbau können die Betriebe und Bewohner des Triestingtals dieses Angebot auch nutzen“, so Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck.
Für die Umsetzung ist die Glasfaserinfrastrukturgesellschaft nöGIG verantwortlich.

Beim Präsentationstermin in Weissenbach erhielt Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, deren Familie aus der Gemeinde stammt, eine Tafel mit ihrem Stammbaum. Im Bild: Franz Haigl (Wirtschaftsforum Triestingtal), Landesrätin Petra Bohuslav, Ministerin Margarete Schramböck, Geschäftsführerin Angelika Huemer (Firma Starlinger), Bürgermeister Johann Miedl (Weissenbach) und Joseph Miedl (Wirtschaftsforum Triestingtal).

KURZMELDUNGEN AUS NIEDERÖSTERREICH

KOMTURKREUZ FÜR ALFRED RIEDL

Für seine jahrzehntelangen Verdienste für das Land Niederösterreich und die Gemeinden wurde Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl am 30. April von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit dem Goldenen Komturkreuz des Landes Niederösterreich ausgezeichnet.

Alfred Riedl bedankte sich für das große Vertrauen und die Wertschätzung, beim Land, seinem Team, den Kollegen sowie seiner Familie. Riedl abschließend: „Auszeichnungen, gleich auf welcher Ebene, sind Antrieb für neues Tun und Schaffen sowie das Meistern neuer Herausforderungen."

GEMEINDEVERTRETER PROBEN FÜR IHREN AUFTRITT

Anfang April hat sich das Blasmusikorchester der NÖ Gemeindevertreter zu einer ersten Probe im Haus der Musik in Grafenwörth getroffen. Auf dem Programm standen: Fanfare Festive (Michael Geisler), The 3-Minute Nutcracker (Tchaikovsky), Alte Kameraden (Karl Teike), Fanfare for a new Horizon (Thomas Doss), Pandora Avenue L.A. (Herbert Marinkovits).
Weitere Proben sind bereits geplant – schließlich rückt der große Auftritt beim Österreichischen Gemeindetag 2021 in Niederösterreich mit großen Schritten näher.

Interessierte Gemeindevetreter sind jederzeit herzlich willkommen, dem Blasorchester der NÖ Gemeindevertreter beizutreten.
Kontakt: NÖ Gemeindebund, Eva Woisetschläger
post@noegemeindebund.at 02742/9020-8000

IMPRESSUM:

Herausgeber:
NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
Internet:
www.noegemeindebund.at
Mit der Herausgabe beauftragt:
Landesgeschäftsführer
Mag. Gerald Poyssl

Medieninhaber:
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Sotiria Peischl M.A.,
Prof. Dr. Franz Oswald

Grafik:
Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max
E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0
Sabine Brüggemann, E-Mail:
sabine.brueggemann@kommunal.at
Martin Mravlak, E-Mail:
martin.mravlak@kommunal.at
Martin Pichler, E-Mail:
martin.pichler@kommunal.at

Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfl
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

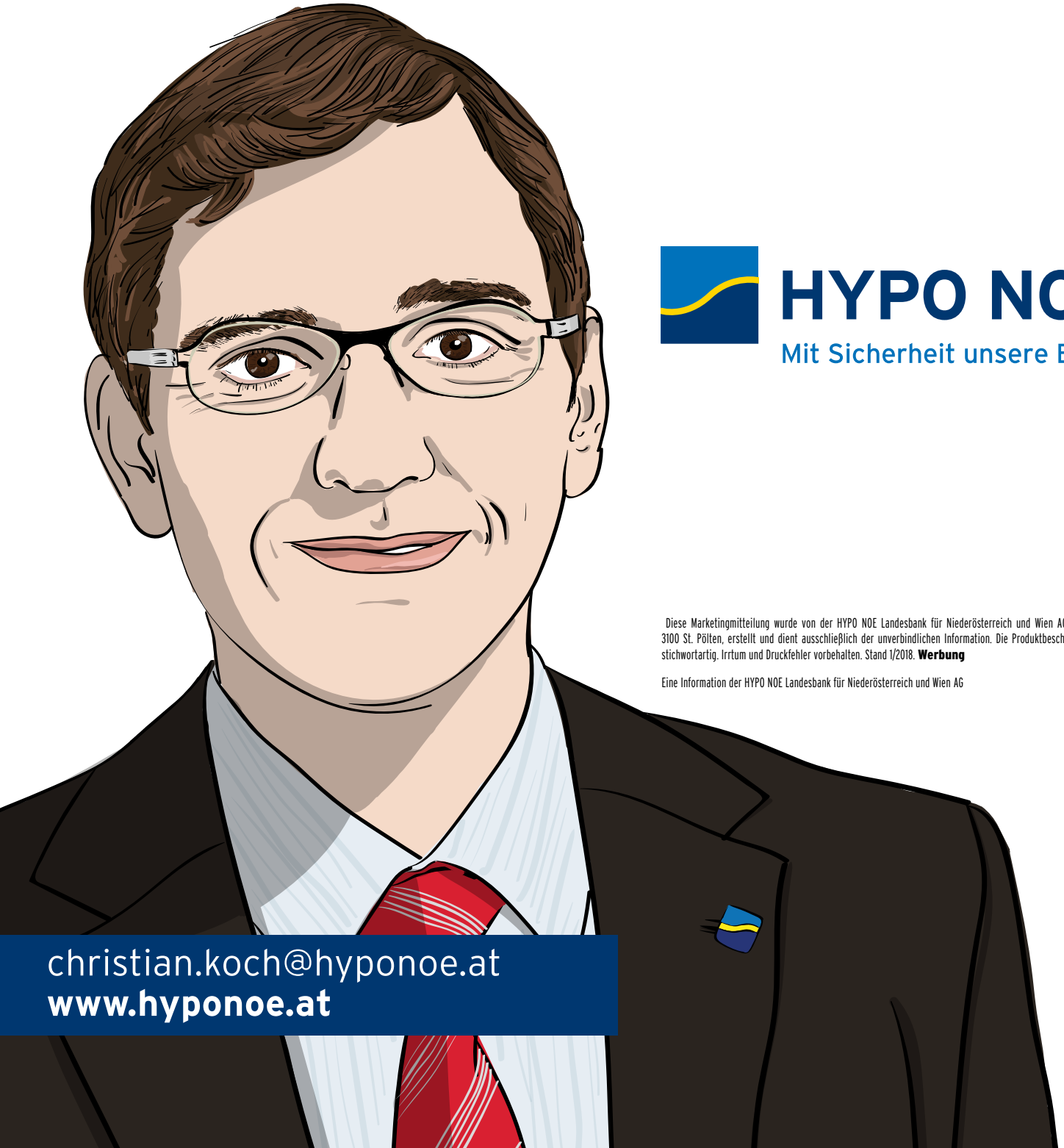
Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE:

ICH BIN FÜR SIE DA.



HYPO NOE

Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 1/2018. **Werbung**

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG

christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at